Interview mit der deutschen Delegation auf dem 8. Kongress des Albanischen Gewerkschaftsverbandes Seite 4

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 27 vom 8. Juli 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Neues Scheidungsrecht

Gegen die Interessen der werktätigen Männer und Frauen

Am 1. Juli trat das neue Scheidungsrecht in Kraft. Von der SPD/FDP-Regierung jahrelang als „Jahrhundertwerk" angekündigt, muß nun, bei seinem Inkrafttreten, selbst die bürgerliche Presse zugeben, daß es nicht hält, was sie versprach.

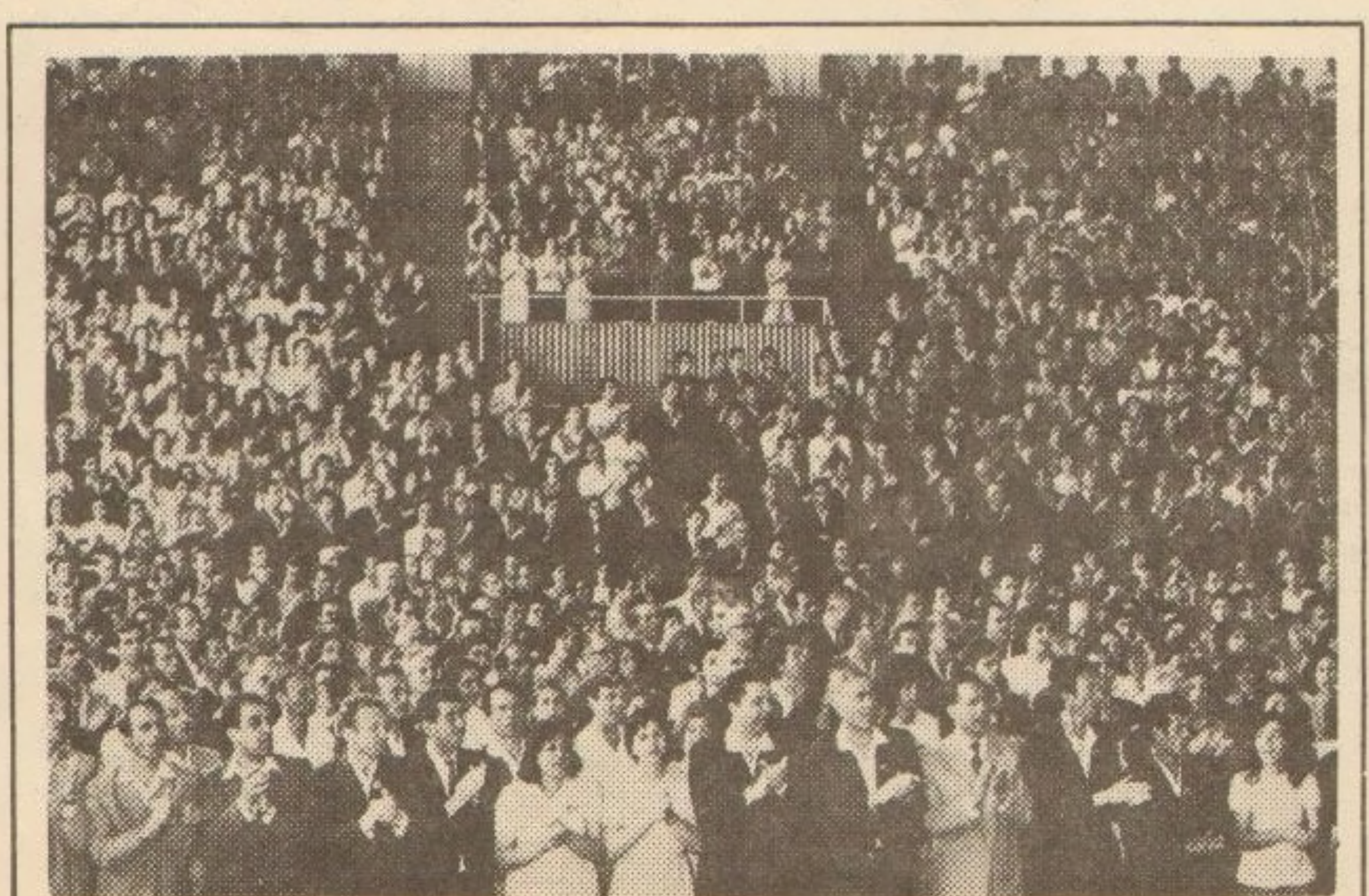
Während die Regierung ankündigte, mit dem neuen Gesetz würde das Scheidungsverfahren einfacher, wird es in Wirklichkeit langwieriger, komplizierter und teurer — führt also vor allem für die Werktätigen zu einer großen Belastung. Auch die Ankündigung der Regierung, das neue Scheidungsrecht solle vor allem die Lage der geschiedenen Frau verbessern, erweist sich lediglich für die Frauen der Reichen als wahr. Für die werktätige Frau bringt das neue Scheidungsgesetz keine wirklichen Verbesserungen.

Die Regierung hat nicht umsonst so viel Lärm um die Reform des Scheidungsrechts gemacht. Denn die Zahl der Scheidungen wächst enorm. Allein in den letzten 10 Jahren, von 1966 bis heute, hat sie sich auf rund 100.000 pro Jahr verdoppelt. Eine Zahl, die deutlich die Auflösungserscheinungen von Ehe und Familie im Kapitalismus widerspiegelt und die bürgerliche Propaganda Lügen straft, daß der kapitalistische Staat Ehe und Familie schützt. Natürlich sind nicht alle diese Scheidungen über einen Kamm zu scheren. Die Scheidungen innerhalb der Bourgeoisie sind die Folge von Eheschließungen, die allein von wirtschaftlichen und politischen Interessen motiviert sind; sie zeigen, daß die bürgerliche Moral, für die die Scheidung heute schon fast zum guten Ton gehört, keine Achtung vor Ehe und Familie kennt. Bei den Werktätigen dagegen sind die steigenden Scheidungszahlen ein Ausdruck der wachsenden Schwierigkeiten und Probleme, die der Kapitalismus für die werktätige Familie schafft. Nicht umsonst steigt die Scheidungskurve gerade in den letzten Jahren der wachsenden Krise so steil nach oben. Natürlich heißt das nicht, daß es bei den Werktätigen keine individuelle Verantwortung für das Scheitern der Ehen gibt. Das Ausmaß der Scheidungszahlen aber liegt in den Bedingungen begründet, unter die der Kapitalismus die Werktätigen zwingt. Das beweist allein schon die Tatsache, daß die Scheidungsrate nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in allen kapitalistischen Ländern sehr hoch ist. So wird etwa in den USA jede vierte Ehe geschieden. Und auch in der Sowjetunion schnellte nach der Machtergreifung der Bourgeoisie, nach der Wiederherstellung des Kapitalismus die Scheidungsrate in die Höhe. Bereits 1966/67 wurde dort jede dritte Ehe geschieden.

Von dieser Tatsache, daß es der Kapitalismus ist, der Ehe und Familie zerstört, versucht der kapitalistische Staat abzulenken, indem er die Verantwortung für das Scheitern so vieler Ehen, für die Zerrüttung so vieler Familien ausschließlich den Werktätigen selbst aufbürdet. Nach dem alten Scheidungsrecht geschah das in Form des sogenannten „Schuldprinzips", bei dem sich der kapitalistische Staat zum „Hüter der Ehe" erklärte, um über sie zu richten und ausschließlich einen oder beide Ehepartner zum „Schuldigen" am Scheitern der Ehe zu erklären. Gegen dieses Scheidungsrecht gab es zeit seines Bestehens Proteste. Seit einigen Jahren wird es schließlich in der Praxis durch die sogenannte „Konventionalscheidung" (Scheidung nach gegenseitiger Übereinkunft) unterlaufen, die den größten Prozentsatz aller Scheidungen ausmacht.

Mit dem neuen Scheidungsrecht soll nun diese vom Gesetz vorgeschriebene Prozedur wegfallen. Aber auch das neue Scheidungsrecht geht grundlegend davon aus, daß für das Scheitern der Ehe ausschließlich die Ehepartner verantwortlich sind und deshalb auch die Folgen zu tragen haben. Deshalb behält sich auch nach dem neuen Recht der kapitalistische Staat als „Hüter der Ehe" das letzte Wort vor. Denn geschieden werden soll eine Ehe nur dann, wenn auch für die Zukunft nicht zu erwarten ist, daß eine zum Termin der Scheidung zerrüttete Ehe wieder in Ordnung kommt. Diese Entscheidung aber fällt das Gericht. Zusätzlich hat es die Möglichkeit, die Scheidung bis zu einem Jahr auszusetzen.

Fortsetzung auf Seite 2



Vom 20.-23. Juni fand in Korça der 8. Kongreß des Albanischen Gewerkschaftsverbandes statt. Unser Bild zeigt die Delegierten des Kongresses (siehe Seite 4).

Grusstelegramm von 'Zeri i Popullit'

Wir nehmen aus ganzem Herzen an eurer Freude teil aus Anlaß des 10. Jahrestags der Gründung der Zeitung „Roter Morgen", Zentralorgan der KPD/ML. Wir senden euch flammende revolutionäre Grüße und wünschen euch herzlich weitere Siege im Kampf gegen die imperialistische deutsche Bourgeoisie im Westen und gegen die revisionistische neue Bourgeoisie im Osten, gegen USA-Imperialismus und sowjetischen Sozialimperialismus, für den Triumph des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, für den Sieg des Marxismus-Leninismus im Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus jeden Schlags.

Das Kollektiv von „Zeri i Popullit".

Breschnew gegen Carrillo

Ein Streit zwischen Renegaten

Der Artikel der sowjetrevisionistischen Zeitschrift „Neue Zeit" gegen den Chef der spanischen Revisionisten, Santiago Carrillo, und die Polemik, die ihm folgte, haben vor aller Augen die tiefen, unversöhnlichen Widersprüche bloßgelegt, die das Lager der revisionistischen Verräterparteien zerfressen. Dabei geht es weder den Revisionisten im Kreml noch den sogenannten „Eurokommunisten", für die Carrillo steht, um die Verteidigung des Marxismus-Leninismus. Will Breschnew Carrillo und seine Brüder wie Berlinguer und Marchais dem Diktat der sozialimperialistischen Supermacht unterwerfen, geht es diesen gerade darum, ihre „Unabhängigkeit" von Moskau zu bewahren, um freiere Hand für die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie der westlichen Länder und dem amerikanischen Imperialismus zu haben.

So ist es kein Wunder, daß die sowjetischen Revisionisten in der „Neuen Zeit" um die Auseinandersetzung mit der „Strategie und Taktik" von Carillo & Co. über ihren angeblich besonderen Weg zum Sozialismus in Spanien, Italien oder Frankreich herumschleichen wie die Katze um den heißen Brei. Sie verlieren darüber kein Wort und erklären sogar ausdrücklich, sie möchten diese Probleme lieber „ausklammern". Die sowjetischen Revisionisten tun allerdings auch gut daran, diese „Probleme" auszuklammern, sie würden sonst in eine ziemlich peinliche Lage geraten.

Carrillo, Berlinguer und Marchais haben die Prinzipien des Marxismus-Leninismus vollständig verraten, nichts mehr ist bei ihnen davon übriggeblieben. Sie leugnen die Notwendigkeit der gewaltsamen proletarischen Revolution und behaupten, die Arbeiterklasse könnte die Macht über die Eroberung des Parlaments oder sogar durch eine Koalition mit den Sozialdemokraten oder irgendeiner anderen bürgerlichen Partei, und sei sie wie die italienischen Christdemokraten auch noch so reaktionär, erringen. Sie leugnen die Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats und reden von einem Sozialismus mit „mehreren Parteien". Aber wer hat denn diese und ähnliche antimarxistisch-antileninistischen Theorien zuerst aufgetischt? Waren das nicht Chruschtschow, Breschnew, Suslow und Konsorten, als sie auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 den Marxismus-Leni-

Fortsetzung auf Seite 6

31. Tagung des RGW

Ein Bündnis, in dem die Faust Moskaus herrscht

Unter der Leitung ihres Oberherrn, des Sozialimperialisten Kossygin, haben sich in der vergangenen Woche die revisionistischen Chefs der Länder des „Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) zu ihrer 31. Tagung versammelt. Während sie, um die Arbeiterklasse ihrer Länder zu betrügen, im Abschlußkommuniqué der Tagung bombastische Erklärungen abgaben, zeigt die Wirklichkeit ein völlig anderes Bild.

Die diesjährige Tagung des RGW wurde in Warschau abgehalten. Und Polen bietet auch das anschaulichste und krasseste Beispiel für den völligen Bankrott, vor dem die Wirtschaft der revisionistischen Länder steht. Die polnische Wirtschaft ist eine kapitalistische Wirtschaft, in der das Gesetz des Profits regiert. Ausgeplündert von den sowjetischen Sozialimperialisten, der neuen polnischen Bourgeoisie und den kapitalistischen Trusts, lebt die polnische Arbeiterklasse im Elend, stockt die Versorgung der Werktätigen mit den notwendigsten Gütern des täglichen Bedarfs, verschärfen und vertiefen sich die Krise, die Anarchie und das

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Neues Scheidungsrecht

Fortsetzung von Seite 1

Davon abgesehen ist der Preis, der für den Wegfall des "Schuldprinzips" gezahlt werden muß, hoch: Nach den Vorschriften des neuen Scheidungsrechts soll es nämlich keine Scheidung mehr geben, bevor nicht die Ehegatten ein Jahr getrennt gelebt haben. Erst danach kann die Scheidung eingereicht werden, die in Zukunft mindestens ein halbes Jahr dauern wird. Diese Regelung, das liegt auf der Hand, bringt vor allem für die Werktätigen, besonders aber für ihre Kinder, eine schwere Belastung mit sich.

Aber das ist noch nicht alles. Durch die enorme Verteuerung der Scheidung, die durch die Erhöhung des Mindeststreitwerts für den Haushalt und den Rechtsanwaltszwang entsteht, vergrößert der kapitalistische Staat die Probleme, die bei einer Scheidung für eine werktätige Familie sowieso entstehen, noch mehr. Scheidungen werden in Zukunft für den Staat und für gewiefte Scheidungsanwälte zu einem noch größeren Geschäft, für die Werktätigen aber zu einer erdrückenden wirtschaftlichen Last werden.

Wie sieht es nun mit der von der Regierung vor allem gepriesenen Verbesserung der Lage für die geschiedene Frau aus? Die Propaganda, die in dieser Beziehung von der Bourgeoisie betrieben wird, hat ihre Gründe. Denn die geschiedene werktätige Frau bekam bisher in aller Schärfe die Unterdrückung der Frau im Kapitalismus zu spüren. Vor allem dann, wenn sie nach längerer Ehe geschieden wurde und Kinder zu versorgen hatte.

Abgesehen davon, daß die bürgerliche Moral die geschiedene Frau nach wie vor scheel ansieht, bekam sie das ganze Ausmaß dieses „Sozialstaates" zu spüren, der nicht genügend Krippen- und Kindergartenplätze zur Verfügung stellt, der den Müttern keinen ausreichenden Pflegeurlaub bei der Krankheit von Kindern zubilligt usw.; bekam sie die besondere wirtschaftliche Benachteiligung der werktätigen Frau zu spüren, die in Zeiten der Krise als erste auf den Entlassungslisten steht, die rund 30% weniger Lohn für ihre Arbeit bekommt usw. Wird sich diese besondere Benachteiligung der geschiedenen werktätigen Frau nun nach dem neuen Ehescheidungsrecht ändern?

Mitnichten. Während es auf der Hand liegt, daß die oft unüberwindlichen Probleme für die geschiedene werktätige Frau aus ihrer im Kapitalismus besonders unterdrückten Lage resultieren, folglich die Lage der geschiedenen werktätigen Frau nur verbessert werden kann, wenn sich auch ihre allgemeine gesellschaftliche Lage verbessert, erklärt das neue Scheidungsrecht diese Probleme zu Problemen zwischen Mann und Frau. Auf dieser Grundlage aber kann das neue Scheidungsrecht die Lage der geschiedenen werktätigen Frau nicht verbessern, bringt es lediglich Vorteile für die geschiedene bürgerliche Frau.

Das zeigen die einzelnen Bestimmungen über die Unterhaltspflicht und den sogenannten Versorgungsausgleich deutlich. Die Regelung über die Unterhaltspflicht geht davon aus, daß generell der „wirtschaftlich Stärkere" dem „wirtschaftlich Schwächeren" Unterhalt zu leisten hat. Die Propagandabroschüren der Regierung zum neuen Scheidungsrecht unterstellen dabei ausdrücklich, daß damit vor allem die Frau geschützt werden soll, die in der Regel, vor allem nach längerer Ehe, in der sie den Haushalt geführt hat, große Schwierigkeiten hat, wieder Arbeit zu finden. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit die Verlogenheit dieser angeblichen „Gleichberechtigungsmaßnahme". Wer ist denn für diese Situation verantwortlich? Doch nicht der werktätige Mann, der selber gezwungen ist, seine Arbeitskraft an den Kapitalisten zu verkaufen, sondern die Kapitalisten, die nach wie vor die werktätigen Frauen als Reservearmee betrachten, die nach wie vor den größten Anteil des Heeres der Arbeitslosen stellen.

Nicht anders ist es mit dem so viel gepriesenen Versorgungsausgleich. Danach soll das während der Ehe erworbene Vermögen und die erworbenen Versorgungsansprüche geteilt werden. Auch hier versucht der kapitalistische Staat die Folgen seiner Ausbeuterordnung auf die werktätige Familie abzuschieben. Die Regierung preist diese Regelung als „gerecht", weil vor allem die Frau, die während der Ehe den Haushalt führte und die Kinder versorgte, während der Mann arbeitete, dafür nicht bestraft werden dürfe, indem sie im Gegensatz zum Mann keine Rentenansprüche (im alten Gesetz hatte die geschiedene Frau keine Ansprüche auf die Rente ihrs Mannes) besitze. Nun ist es zweifellos richtig, daß aus einer solchen Lage für die werktätige Frau besondere Nachteile entstehen. Aber trägt denn der Ehemann dafür die Verantwortung? Es sind doch die Kapitalisten und der kapitalistische Staat, die davon profitieren, daß die werktätige Frau — sozusagen umsonst — den Haushalt führte und die Kinder großzog; es ist doch der kapitalistische Staat, der es den werktätigen Frauen wegen der fehlenden Krippen- und Kindergartenplätze und aufgrund der Arbeitslosigkeit in vielen Fällen unmöglich macht, einer Berufstätigkeit nachzugehen.

Also wäre es auch die Pflicht dieses angeblichen „Sozialstaates", für die besonderen Probleme, die den werktätigen Frauen aus dieser Situation entstehen, aufzukommen. Stattdessen aber lädt der kapitalistische Staat unter dem Deckmantel der scheinbaren Fürsorge für die Frau alle diese Probleme auf die Werktätigen ab. Sogar die „Frankfurter Rundschau" mußte zugeben, daß es hier nicht vor allem um die Sorge für die Frau geht, sondern darum, die „Allgemeinheit" (also auf deutsch: den kapitalistischen Staat) zu entlasten. Auch in anderer Hinsicht ist diese Regelung keineswegs so sozial, wie die Regierung behauptet. Denn während durch diese Halbierung der Rentenansprüche die sowieso schon niedrigen Renten der Werktätigen noch weiter verkleinert werden, sind auf der anderen Seite die Rentenansprüche für die Frau nach 7, 8 oder 9 Jahren Ehe nichts als ein Tropfen auf den heißen Stein.

So zeigt das neue Scheidungsrecht insgesamt, daß es dem kapitalistischen Staat keineswegs darum geht, die Lage der Werktätigen — ob Männer oder Frauen — zu verbessern, sondern allein darum, die Ursachen für die zunehmende Zerrüttung von Ehe und Familie im Kapitalismus zu verschleiern und die Folgen noch mehr als bisher den Werktätigen aufzulasten. Diese Tatsachen zeigen, daß es deshalb auch für die Probleme von Ehe und Familie keine wirkliche Lösung im Kapitalismus geben kann. Wirklich gelöst werden können diese Probleme allein auf dem Weg der proletarischen Revolution, die mit der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats die Grundlagen für die wachsende Zerstörung von Ehe und Familie beseitigt und die Voraussetzungen für die Entwicklung einer gesunden Familie auf der Grundlage der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, dem Schutz von Mutter und Kind und der Durchsetzung der vollständigen Emanzipation der Frau auf allen gesellschaftlichen Gebieten schafft.

Ein Bündnis, in dem die Faust Moskaus herrscht

Fortsetzung von Seite 1

Chaos. So sieht es im Polen von heute aus und das gleiche Bild bietet sich auch in den anderen revisionistischen Ländern.

Scheinheilig wird im Abschlußkommunique der RGW als die „dynamischste Wirtschaftskraft der Welt" bezeichnet. Er beruhe angeblich auf der völligen Gleichberechtigung seiner Mitglieder, die zwischen sich „internationale Beziehu en „neuen Typs" herausgebildet hä en. Aber tatsächlich herrscht in diesem Bündnis die sowjetische Faust, ist der RGW eine Organisation, um die osteuropäischen Völker unter dem Joch des sowjetischen Sozialimperialismus zu halten, um sie für die Befriedigung der Profitgier der neuen Zaren im Kreml auszubeuten und auszuplündern.

Schon im vergangenen Jahr auf der 30. Tagung des RGW hatten die sowjetischen Sozialimperialisten die Daumenschrauben angedreht, als sie ihren Vasallen ein Programm zur „Koordinierung" der einzelnen Volkswirtschaften bis zum Jahr 1985 aufzwangen. In diesem Jahr hatten die Stoph, Todorow, Jaroszewicz und Co. Bericht zu erstatten, wie sie dieses großangelegte Programm zur Ausplünderung ihrer Völker angepackt haben.

Durch die Koordinierung der Pläne zwingen die sowjetischen Sozialimperialisten ihre Vasallen, die Wirtschaft ihrer Länder ganz nach den Bedürfnissen Moskaus auszurichten. Damit ist eine allseitige und an den nationalen Interessen orientierte Entwicklung der Wirtschaft von vornherein verhindert. So wurde etwa Bulgarien gezwungen, 60% der Kapazität seiner Maschinenbauindustrie in den Dienst der Sozialimperialisten zu stellen. Die Tschechoslowakei wurde gezwungen, in den nächsten fünf Jahren 65% der Produktion ihrer Schwerindustrie in die Sowjetunion auszuführen.

Außerdem wurden die Befugnisse der „gemischten Gesellschaften", einer Kopie der kapitalistischen multinationalen Monopole, beträchtlich ausgedehnt. Diese Gesellschaften, die unter der Leitung der sowjetischen Sozialimperialisten stehen, haben das Recht, in allen RGW-Ländern Zweigbetriebe und Niederlassungen zu gründen. Außerdem unterliegen sie nicht den staatlichen Plänen, sondern haben ihre eigenen Pläne. Die „Intermetall", „Agromasch", „Intertextilmasch" usw. dienen den Sozialimperialisten dazu, weite Bereiche des Hüttenwesens, der Landmaschinenindustrie, der Textilindustrie usw. der RGW-Länder direkt ihrer Kontrolle zu unterstellen.

Die vollständige Restauration des Kapitalismus in den Ländern des RGW und ihre verschärfte Ausplünderung durch die sowjetischen Sozialimperialisten haben auch die Krise, in der alle diese Länder stecken, weiter vertieft. Wie ein Ertrinkender nach dem Strohhalm greift, haben sie deshalb in der Vergangenheit ihre Hand den westlichen Kapitalisten entgegengestreckt. Sie nahmen versklavende Kredite an, verkauften ihre Rohstoffe an die westlichen Monopole und öffneten diesen Tür und Tor. Nach ihrer 31. Tagung traten sie jetzt als kollektiver Klub von Bettlern an die Imperialisten der EWG heran, um mit ihnen ein umfassendes Abkommen zustandezubringen.

Ein solches Abkommen käme vor allem den sowjetischen Sozialimperialisten gelegen, die nicht auf die Finanzspritzen des westlichen Finanzkapitals verzichten möchten, es andererseits aber nicht gerne sehen, wenn die Länder des RGW zweiseitige Abkommen mit den Imperialisten abschließen. Denn solche Abkommen werden von den Imperialisten dazu ausgenutzt, um die Widersprüche zwischen den neuen Zaren im Krmel und ihren Vasallen ein zu schüren und sich Einfluß und Macht in deren Herrschaftsbereich zu sichern. Die EWG-Imperialisten haben denn auch schon erklärt, daß ihnen der alte Zustand lieber ist.

Alles in allem gesehen, bestätigte die 31. Tagung des RGW, daß dieser Pakt schwer auf der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen der osteuropäischen Länder lastet. Sie haben von ihm nichts anderes zu erwarten als noch größere Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung.

Offen gesagt ...

Moderne Sklaven

Die Bundesbahn will Arbeiter an die Kölner Ford-Werke verleihen. Nach Berichten der bürgerlichen Tagespresse haben „erste Kontakte zwischen über Bundesbahn und den Kölner Ford-Werken bereits stattgefunden. Wie es heißt, sollen 1.600 Facharbeiter aus den Ausbesserungswerken Trier und Karlsruhe an die Ford-Kapitalisten ausgeliehen werden, und zwar soll die Sache nach den Werksferien bei Ford im August dieses Jahres steigen.

Die „Westfälische Rundschau" setzte bei ihrem Bericht über diesen Handel das Wort „ausleihen" in Anführungszeichen. Offensichtlich weil es befremdlich klingt, wenn anstatt irgendwelcher Dinge Menschen ausgeliehen werden. Aber dieses Wort ist hier durchaus zutreffend. Was ist denn im kapitalistischen Produktionsprozeß die Arbeitskraft anderes als eine Ware?

Die Sklaverei, wie man sie aus früheren Epochen der Geschichte kennt, machte bekanntlich den Sklaven zum unmittelbaren Eigentum seines Besitzers, auch im juristischen Sinne. Der Sklavenhalter konnte mit dem Sklaven machen, was er wollte; er konnte ihn für sich arbeiten lassen, konnte ihn ausleihen, verkaufen oder auch töten. — Zugegeben, demgegenüber genießt der moderne Proletarier in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mehr Rechte und mehr Freiheit. Allerdings: Sich durch den Kapitalisten schinden und ausbeuten zu lassen, diesem Schicksal kann auch er sich nicht entziehen. Er muß seine Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen, um leben zu können. Er ist gezwungen, seine Haut zu Markte zu tragen. Mit einem Wort: Er ist ein Lohnsklave.

Auf diese Wahrheit wirft das geplante Ausleihgeschäft zwischen der Bundesbahn und den Ford-Kapitalisten ein Schlaglicht, das die frommen Sprüche der Bourgeoisie über die „Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit", über „Sozialpartnerschaft" und dergleichen mehr Lügen straft. Die Bonzen der Eisenbahnergewerkschaft, die sich stets große Mühe geben, die Arbeiter mit dem kapitalistischen Ausbeutersystem zu versöhnen, nannten deshalb das geplante Geschäft verärgert eine „Instinktlosigkeit".

Daß diese „Instinktlosigkeit" zudem auch noch von einem staatlichen Betrieb ausgeht, ärgert die Gewerkschaftsbonzen doppelt. Ist es doch ihr ganz besonderes Anliegen, dem Arbeiter vorzuspiegeln, der kapitalistische Bonner Staat sei im Grunde über Ausbeutung und Klassenherrschaft erhaben, er sei nicht etwa das Werkzeug der Kapitalistenklasse, mit dem sie das arbeitende Volk ausbeutet, unterdrückt und ihre Ausbeuterherrschaft ausübt, sondern ein Eckstein der Freiheit, ein „sozialer Rechtsstaat", auf den sich die Werktätigen gegen „Übergriffe" der Unternehmer stützen müßten.

Ins Fettnäpfchen getreten ist die Bundesbahn in den Augen der Gewerkschaftsbonzen auch noch in anderer Hinsicht. Versucht die Regierung denn nicht unermüdlich die Arbeiter davon zu überzeugen, daß es ihr „heiliges Anliegen" und das „ehrliche Interesse dieses Staates" sei, die Arbeitslosigkeit einzuschränken? Wenn nun derselbe Staat an die Autokapitalisten Arbeiter verleiht und es ihnen so ermöglicht, zugunsten von neuen Rekordprofiten den Boom auf dem Automarkt bis zur Neige auszuschöpfen, die Produktion weiter hochzutreiben, ohne jedoch Neueinstellungen aus dem Millionenheer der Arbeitslosen vornehmen zu müssen, so entlarvt sich doch das ganze Geschwätz der Herren in Bonn über ihren Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als pure Heuchelei.

Kurz berichtet

WESTBERLIN

Am Samstag, den 25. Juni, hat der KSB/ML Westberlin eine Semesterabschlußfeier veranstaltet, zu der rund 120 Kommilitoninnen, Kommilitonen und Genossen gekommen waren. Auf dem Fest in der „Freien Universität" haben auch die „Rotkehlchen" fortschrittliche Volkslieder gesungen und die Volkstanzgruppe der Roten Garde führte einige Tänze vor, die einen großen Teil der Besucher so mitgerissen haben, daß sie mittanzten. Der Erlös der Tombola, insgesamt 211 DM, ging an die Rote Hilfe.

WESTBERLIN

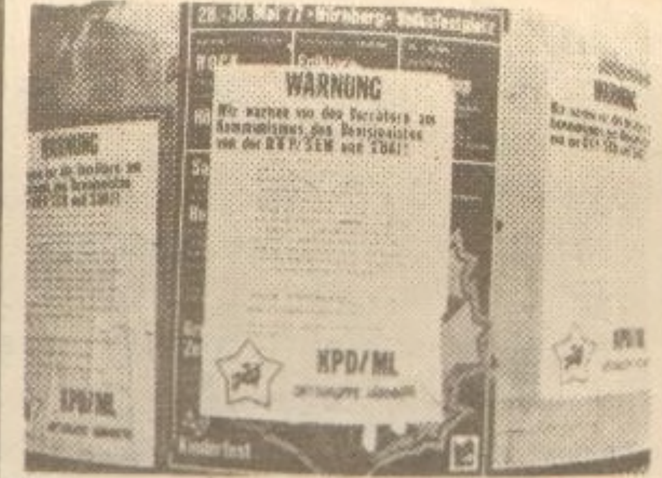
Eine Woche lang hat die Zelle Germanistik des KSB/ML an der „Freien Universität" in Dülmen/Westfalen ein Zeltlager durchgeführt, an dem auch Sympathisanten teilgenommen haben. Die Genossen trieben viel Sport und spielten unter anderem gegen eine Dülmener Mannschaft Fußball. Außerdem diskutierten sie die Rede von Genossen Ernst Aust über die Jugend: „Die Jugend wird den Kampf entscheiden."

DORTMUND

Am 29. Juni hat in Dortmund eine Solidaritätsveranstaltung der Partei mit den sechs verhafteten türkischen Patrioten stattgefunden, zu der etwa 20 Freunde und Genossen gekommen waren. Da die sechs Patrioten kurz zuvor aus der Haft entlassen worden waren, konnte einer von ihnen über die Umstände, die zur Verhaftung geführt hatten, berichten. Er enthüllte dabei, daß die Haftbefehle schon einen Monat vor der Festnahme ausgestellt worden waren. Auf der Veranstaltung wurde außerdem bekannt, daß der Richter, der die Untersuchungshaft für die sechs angeordnet hatte, mit der revisionistischen D„K"P sympathisiert.

NÜRNBERG

Nach der Devise „Mit Speck fängt man Mäuse" veranstaltete die SDAJ, die Jugendorganisation der modernen Revisionisten, über Pfingsten in Nürnberg ein „Festival". Doch dazu hatten sich die Genossen der Roten Garde etwas ausgedacht. Als morgens die ersten Besucher zum Festplatz kamen, konnten sie die Parole: „Nieder mit D'K'P und SDAJ — es lebe der Kommunismus! — KPD/ML'" auf dem Zufahrtsweg lesen. Schon in den




Tagen zuvor waren die Plakate der SDAJ-Revisionisten mit einer Warnung überklebt worden. Am Tag des Festes selbst verteilten die Genossen ein Flugblatt unter den Besuchern.

BERICHTIGUNG

Im „Roten Morgen" Nr. 25/77 berichteten wir auf der Seite 5 über die Beschlagnahme der „Revolutionären Liste". Dabei schrieben wir irrtümlicherweise, daß die „Revolutionäre Liste" auf Initiative des KSB/ML der „Freien Universität" aufgestellt wurde. Sie kam aber auf Initiative des KSB/ML an der Pädagogischen Hochschule zustande.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Klöckner/Bremen

500 Kollegen sollen entlassen werden

Bei Klöckner in Bremen sollen 500 Kollegen entlassen werden, hauptsächlich Angestellte aus dem Verwaltungsbereich. Die Belegschaft erfuhr von diesem schweren Angriff der Kapitalisten am 23. 6. durch einen Aushang des Betriebsrats. Zwei Tage vorher hatte eine Belegschaftsversammlung stattgefunden, auf der von Entlassungen keine Rede war. Arbeitsdirektor Sporbeck hatte sogar noch schamlos gelogen: Es werde in Bremen keine Entlassungen geben.

Natürlich waren die Entlassungen schon seit langem geplant und beschlossen. Die Kollegen wurden auf der Belegschaftsversammlung direkt angelogen, weil sie überrumpelt werden sollten. „Wir wurden nicht informiert, wir wußten von nichts", beteuert jetzt scheinheilig die Betriebsratsclique mit dem D„K"P-Bonzen Röpke an der Spitze. Lächerlich! Im April dieses Jahres wurde auf der Hütte ein riesiges Großraumbüro eingerichtet und eine moderne Datenverarbeitungsanlage installiert. Wozu denn sonst als zur „Einsparung" von Arbeitsplätzen ließen die Klöckner-Bosse die Millionen dafür springen?

Unter den Angestellten rief die Nachricht von den Entlassungen Unruhe und Empörung hervor. Für ihre große Kampfbereitschaft ist es typisch, was ein mittlerer Angestellter auf einer Versammlung sagte: Er sei schon von der Schließung in Hagen-Haspe betroffen gewesen und habe dann in Bremen anfangen müssen. Mit 45 Jahren würde er jetzt sicher keine Arbeit mehr finden. Früher noch habe er sich alleine durchzuwinden versucht, jetzt jedoch sei ihm klar, daß man sich gemeinsam wehren muß.

Die Unruhe greift jedoch auch auf die Arbeiter in der Produktion über. Denn die Klöckner-Bosse werden mit ihren „Gesundschrumpfungsmaßnahmen" vor den Produktionsbereichen nicht haltmachen. Die geplanten Entlassungen im Angestelltenbereich machen auch deutlich, wie verlogen das Geschwätz war, die Kurzarbeit auf der Hütte (die seit über zwei Jahren schon fast ununterbrochen verfahren wird) diene der „Vermeidung von Entlassungen".

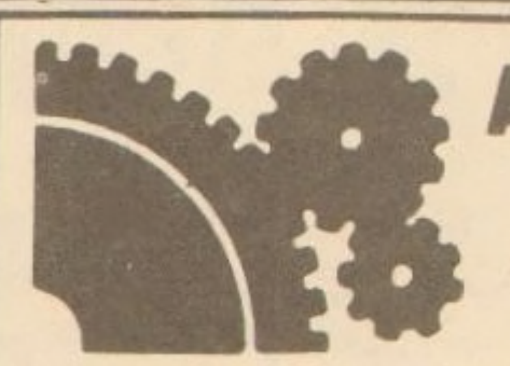
Zudem wird gemunkelt, daß Pläne über eine Fusion der drei Stahlriesen Klöckner, Krupp und Salzgitter vorangetrieben werden. Die Schaffung eines solchen Superkonzerns würde umfassende Rationalisierungsmaßnahmen und Massenentlassungen von großem Umfang bedeuten. Tausende Kollegen müßten mit Entlassungen rechnen. Dies um so mehr, als ja so oder so große Massenentlassungen in der Stahlindustrie auf der Tagesordnung stehen. „Gesundschrumpfen" und massenhafte Arbeitsplatzvernichtung ist für die Kapitalisten der einzig mögliche Ausweg aus der gegenwärtigen schweren Krise des Stahlmarktes, der sich mit ihren Profitinteressen vereinbaren läßt.

Daß eine Fusion der genannten drei Stahlkonzerne die Angriffe auf die Arbeitsplätze jedoch noch schlagartig zuspitzen würde, zeigte schon im letzten Jahr der Aufkauf der „Maxhütte" in Bayern durch Klöckner, der im Vergleich mit der jetzt drohenden Fusion ja noch ein kleiner Fisch ist. 1.200 Kollegen sollen in Bayern als Folge des Aufkaufs der Maxhütte entlassen werden!

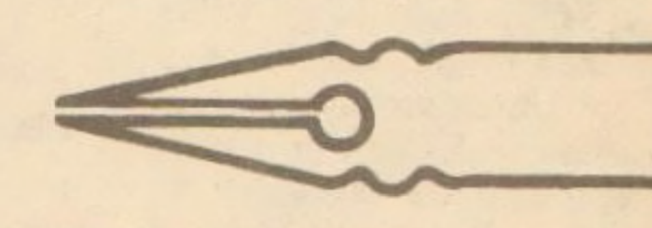
Alle möglichen falschen Freunde der Belegschaft treten jetzt auf den Plan, um den Kampf gegen die geplanten Entlassungen mit Lügen, Demagogie und scheinradikalen Sprüchen unter Kontrolle zu bekommen und abzuwürgen. Auf einer Versammlung im Bremer DGB-Haus trat beispielsweise der Bremer Bürgermeister und Senator für Arbeit Franke auf und faselte von einer gemeinsamen Front mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft gegen die Entlassungen. Da fragt man sich: Wie denn? Auf einmal bieten sich die Vertreter des kapitalistischen Staates den Arbeitern als Kampfgenossen gegen die Kapitalisten an?! Die Vertreter des gleichen Staates, der wiederholt durch Polizei streikende Arbeiter niederknüppeln ließ? Es ist allerdings wahr: Eine gemeinsame Front zwischen dem Staat, dem DGB-Apparat und revisionistischen Arbeiterverrätern vom Schlage eines Röpke besteht. Nur daß es sich dabei um nichts anderes handelt als um eine Front gegen die Arbeiterklasse, um eine Front von Volksbetrügern, Komplizen der Konzernherren sowie Arbeiterverrätern. Dieser Front auf den Leim zu gehen heißt, den Kampf auch schon verloren zu haben.

Die Röpke-Clique versucht sich das Vertrauen der Belegschaft dadurch zu erschleichen, daß sie sich sehr radikal gibt. Keiner Entlassung würde man zustimmen, hieß es. Zugleich jedoch betonten diese Arbeiterverräter, es käme in erster Linie darauf an, daß jeder, der entlassen wird, sofort Klage beim Arbeitsgericht einreicht. Das zeigt, daß der Verrat schon eingefädelt wird. Nicht etwa militanter Kampf mit dem Ziel, die Entlassungen zu verhindern, ist es, was sie anstreben. Im Gegenteil: Die Kollegen sollen verleitet werden, auf das Arbeitsgericht, dieses Werkzeug des Kapitalismus zu vertrauen. Die Kampfbereitschaft soll zersplittert und auf ungefährliche Bahnen abgelenkt werden.

Sicher — um sein Gesicht und seinen Einfluß zu wahren, macht der Betriebsrat auch gewisse Zugeständnisse. So fördert er teilweise einzelne Kampfaktionen. Zum Beispiel kann der Aufruf, jeden Morgen um 9 Uhr zum Betriebsratsbüro zu kommen, „um sich informieren zu lassen", von den Kollegen ausgenutzt werden, um Kampfaktionen zu organisieren. Auf diese Weise kam es auch zu einem Marsch von Hunderten von Kollegen in die Chefetage des Verwaltungsgebäudes, wo gerade eine Konferenz der IGM mit Arbeitsdirektoren aus dem norddeutschen Raum tagte. Zwar gelang es den Revisionisten, vor Beginn des Marsches eine Resolution zu verabschieden, die so tut, als könnte die Mitbestimmung und die Einrichtung des Arbeitsdirektors den Interessen der Arbeiter dienen, was ein Betrug ist. Aber die Kollegen andererseits zeigten durch ihre zornigen Angriffe, daß sie die Arbeitsdirektoren nicht etwa als Vertreter der Belegschaft, sondern als Vertreter des Kapitals betrachten.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Der Sozialplan — ein Hohn!

Liebe Genossen!

Ich möchte euch heute von der Lage auf den Zechen Friedrich der Große und Mont-Cenis berichten (die beiden Zechen sind miteinander verbunden). Die Zechen werden 1978 stillgelegt. Die Kollegen sollen auf andere Zechen verlegt werden, teilweise sollen sie vorzeitig in Rente gehen.

Trotz der geplanten Stillegung wird in diesem Jahr mit Überstunden gefördert, während ja bekanntlich ansonsten in der ganzen Ruhrkohle AG Feierschichten gefahren werden. Der Grund dafür: Die Höhe der Stillegungsprämie, die die Zechenkapitalisten einstreichen können, richtet sich nach der Förderleistung von 1977. Im nächsten Jahr, in der drei Monate währenden Auslaufphase hingegen,wird kurzgefahren. Nach dem Verdienst in diesen drei Monaten richtet sich nämlich die Umverlegungsprämie, die den Kollegen zusteht (2 1/2 Nettomonatslöhne in zwei Raten). Das Ganze wurde zwischen den Zechenkapitalisten und dem Betriebsrat ausgehandelt und nennt sich — welch ein Hohn — „Sozialplan".

Konsequenz dieses „Sozialplans" ist überdies, daß gegenwärtig die Arbeitshetze noch brutaler als je zuvor verschärft wird. Die Kollegen müssen dafür einen bitteren Tribut bezahlen. Kumpel Sch. (39) hatte wegen eines Herz- und Kreislaufleidens krankgefeiert. Als er wieder gesundgeschrieben war, verlangte er „kalte" Arbeit. Man beschimpfte ihn, er solle sich nicht so anstellen und er mußte wieder zurück an den alten „heißen" Arbeitsplatz. In der ersten Schicht brach der Kollege zusammen und war tot. Nachträglich wurde ihm von den Kapitalisten noch „Eigenverschulden" unterstellt.

Der Betriebsrat rührt gegen diese Zustände keinen Finger. Mehr noch! Die Kollegen müssen es sich gefallen lassen, von ihm als Simulanten und Arbeitsscheue beschimpft zu werden.

Rot Front! Ein Genosse aus Herne.

Meldungen aus den Betrieben

MANNESMANN-REISHOLZ: GEHEIMER UMSETZUNGSPLAN

Die Mannesmann-Kapitalisten haben für die Mannesmannwerke KAR und MRW in Düsseldorf-Reisholz, die sie stillegen wollen, einen geheimen Umsetzungsplan ausgeheckt. Dies enthüllte kürzlich die Düsseldorfer Ortsgruppe unserer Partei in einem Flugblatt, das vor den Werkstoren verteilt wurde. In dem Flugblatt wird außerdem aufgedeckt, daß der Betriebsrat, der über den Plan informiert war, das schmutzige Spiel der Kapitalisten mitmachte, indem er sich an die im reaktionären Betriebsverfassungsgesetz festgelegte „Schweigepflicht" hielt.

Von Anfang an schenkten die Kollegen von Mannesmann-Reisholz den verlogenen Versprechungen der Mannesmann-Kapitalisten, für die gesamte 1.800 Beschäftigte umfassende Belegschaft der von der Stillegung bedrohten Betriebe würden Ersatzarbeitsplätze innerhalb des Konzerns bereitgestellt, keinen Glauben. Und dies völlig zurecht, wie sich inzwischen zeigte. Dieses Geschwätz hatte nur den einen Zweck: Illusionen zu schüren, um die Kollegen vom Kampf gegen die Stillegung, vom Kampf gegen die Vernichtung von 1.800 Arbeitsplätzen abzuhalten. „Reisholz muß erhalten bleiben!" — das war und ist die Losung der Mannesmann-Kollegen in Reisholz.

Vor vier Wochen kam es zum ersten Mal zu einem selbständigen Streik, einem Streik, der gegen den Willen des Betriebsrats und der Vertreter der IGM geführt wurde. Der Streik war die Antwort auf einen unverschämten Vorstoß der Mannesmann-Kapitalisten: Auf einer Belegschaftsversammlung gaben sie zu erkennen, daß sie planten, einen kleinen Teil der 1.800 Kollegen in das längerfristig ebenfalls auf der Abschußliste des Konzerns stehende Werk in Düsseldorf-Lierenfeld umzubesetzen und den Großteil der Kollegen mit lächerlichen Abfindungen auf die Straße zu werfen. Am anderen Tag warfen die Kollegen spontan die Brocken hin und marschierten durchs Werk. Der Streik dauerte drei Stunden und er hätte länger gedauert, wenn nicht Verräter wie z. B. der D„K"P-Funktionär und Vorsitzende der Vertrauensleuteleitung, Achten, den Kollegen in den Rücken gefallen waren. Der neue Umsetzungsplan ist nun ein erneuter Vorstoß in dieser Richtung, nachdem der spontane Streik die Bosse zunächst gezwungen hatte, den alten Plan fallenzulassen. Nach dem neuen Plan sollen von den 1.800 Kollegen ganze 240 einen Ersatzarbeitsplatz im Konzern erhalten, davon nur 89 in Düsseldorfer Mannesmann-Betrieben. Bei den restlichen 151 für Umbesetzungen vorgesehenen Arbeitsplätzen handelt es sich um Stellen in Mannesmann-Betrieben in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik und sogar in Westberlin. Was das konkret bedeutet, kann man sich gut vorstellen: Umzug in eine weit entfernte Stadt, eventuell bis nach Nürnberg oder Westberlin, oder aber stundenlange Anfahrtswege, falls man nach Duisburg oder Mönchen-Gladbach versetzt wird.

Die Mannesmann-Bosse hüteten sich dieses Mal, ihren Plan der Belegschaft bekanntzugeben. Jetzt machten sie den Versuch, auf Schleichwegen die Front der Belegschaft gegen die Stillegungen nach und nach zu spalten und zu zerbrechen. Und sie hätten diese Taktik auch ungestört durchziehen können, wäre es nach dem IGM-Apparat bzw. dem Betriebsrat und der D„K"P gegangen. Aber durch das Flugblatt unserer Partei wurde der Plan der Mannesmann-Kapitalisten enthüllt und es wurde zugleich der Verrat des IGM-Apparates und der D„K"P entlarvt. Den Mannesmann-Bossen wird es nicht gelingen, die Arbeiter und kleinen Angestellten zu betrügen und zu verhindern, daß sie sich mit militanten Kampfmaßnahmen gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze wehren. Die Partei steht dabei fest an ihrer Seite.

KHD/KÖLN

Am Donnerstag wurde das Urteil in der Berufung der Roten Betriebsrätin Anne Fleischel gegen ihren Ausschluß aus dem Betriebsrat bekanntgegeben. Die Berufung wurde abgelehnt. Damit ist der Ausschluß aus dem Betriebsrat rechtskräftig.

Offen hatte der Staranwalt der IGM-Zentrale in Frankfurt in dem Prozeß erklärt: Der Ausschluß müsse deshalb erfolgen, weil die Rote Betriebsrätin die Absicht habe, auch weiterhin die Belegschaft über die Betriebsratssitzungen und die gefaßten Beschlüsse zu informieren. Die Betriebsratssitzungen seien ja, so der IGM-Anwalt, nicht umsonst nicht öffentlich. Ansonsten könne sich doch kein Betriebsratsmitglied mehr trauen, frei und offen seine Meinung zu sagen und es sei dann dem Betriebsrat praktisch unmöglich, seine gesetzlichen Pflichten wahrzunehmen.

Das ist eine klare Sprache! Die „Wahrnehmung der gesetzlichen Pflichten des Betriebsrats", die die IGM hier in Schutz nimmt, besteht darin, Verrat an den Interessen der Kollegen zu üben und mit den Kapitalisten gemeinsame Sache zu machen.

Thyssen-Henschel/Mülheim

Kollegen kämpfen gegen Entlassungen

Schon seit einiger Zeit werden im gesamten Thyssen-Konzern scharfe Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Rücken der Kollegen durchgeführt. Die Arbeitshetze wurde verschärft, Entlassungen stehen vor der Tür oder wurden angekündigt. Zugleich aber wächst in den Betrieben die Empörung und die Kampfbereitschaft der Kollegen gegen die Kapitalisten.

In dieser Situation wurde vor einiger Zeit bei Thyssen-Henschel in Mülheim eine Betriebsversammlung durchgeführt. Die üble Schönfärberei der Betriebsleitung über geplante Neuinvestitionen und die Ausweitung der Produktion stieß bei den Kollegen allerdings auf Unglauben. Ein Kollege ging dann nach vorne und brachte die Frage der Entlassungen im Kasseler Hauptwerk auf den Tisch. Sollte es ausgerechnet im Mülheimer Werk keine Entlassungen geben? Der Vertreter der Betriebsleitung versicherte daraufhin scheinheilig, es gäbe zwar überall im Konzern Entlassungen, „nur hier nicht, sonst hätte ich ja schon mit dem Betriebsrat gesprochen". Was von diesen Beteuerungen zu halten war, sollte sich wenig später zeigen.

Am Donnerstag, es waren keine 48 Stunden seit der Betriebsversammlung vergangen, schlug es wie eine Bombe im Werk ein: Der Betriebsrat kam und sagte, daß 12 Kollegen entlassen werden sollten.

Bei den Kollegen herrschte eine riesige Empörung. Sofort bildeten sich Gruppen, die diskutierten, wie man dagegen ankönnte. Wir hatten auch sofort den Vorschlag, daß alle Kollegen nach vorne marschieren müssen. „Jetzt müssen die Arbeiter zusammenstehen"; „Es kann jeden von uns treffen; „Die brauchen nicht zu glauben, daß sie alles mit uns machen können"; „Wir dürfen uns nicht spalten lassen, es darf **keiner** entlassen werden, nicht ein einziger, es geht uns jetzt um das Prinzip" waren die Meinungen, hinter denen die Kollegen standen. „Morgen früh gehen wir rauf, wenn der Betriebsrat mit dem Personalchef verhandelt und bleiben da oben, bis kein einziger Kollege entlassen wird, und wenn wir die ganze Nacht über bleiben!" Unter den Kollegen wurde dies weiterverbreitet und alle standen sofort dahinter. „Wenn die Arbeiter jetzt nicht zusammenstehen, dann stehen sie nie zusammen, also: Wir sind dabei", sagten Kollegen spontan, als sie davon hörten.

Freitag früh stand in der Fabrikhalle, direkt hinter dem Tor eine Riesenparole: **Kampf gegen Entlassung — Werk Mülheim.** Sie war während der Spätschicht am Donnerstag gemalt worden. Alle freuten sich darüber und waren entschlossen zu kämpfen!

Am Morgen wurde noch viel diskutiert. Um halb zehn versammelten sich die Kollegen. Wir marschierten erst kurz durch das Werk hindurch, damit auch alle mitkamen. Geschlossen zogen wir dann zum Betriebsratsbüro in der Montagehalle. In der Montagehalle waren die Kollegen noch am Arbeiten, da sie nichts gewußt hatten. Ein lautes, kurzes Rufen von den hereinströmenden Kollegen — und auch die Montage stand! Und plötzlich waren auch die Angestellten des Werkes dabei.

Die Kollegen waren entschlossen zu kämpfen. Dann kam plötzlich zum ersten Mal der Betriebsratsvorsitzende mit dem Chef gelaufen. Und er, der er bislang nichts für den wirklichen Kampf der Kollegen getan hatte, stellte sich schnell auf eine hohe Kiste: „Wir sind am Verhandeln, vielleicht werden nur weniger entlassen." Kollegen riefen sofort empört dazwischen und er merkte, daß es so nicht ging. „Der Betriebsrat wird keiner Entlassung zustimmen, aber ihr müßt wieder arbeiten gehen, das stört beim Verhandeln. Die Firmenleitung verhandelt nicht, wenn ihr nicht arbeitet." Viele Kollegen waren empört, wie der Betriebsrat dem Kampf der Kollegen in den Rücken fiel. Es tauchten auch sofort Vorschläge auf, eine eigene Delegation der Kollegen zu bilden, und den Kampf auch weiterzuführen. Es gelang ihm jedoch, die Kollegen erstmal zur Arbeit zurückzuschicken.

Und knapp zwei Stunden später wurde bekannt, daß keine Kollegen entlassen werden. Die Kollegen hatten einen Sieg errungen.

Interview mit der deutschen Delegation auf dem 8. Kongress des Albanischen Gewerkschaftsverbandes

Vom 20. bis 23. Juni fand in Korça der 8. Kongreß des Albanischen Gewerkschaftsverbandes statt. Im letzten „Roten Morgen" veröffentlichten wir Auszüge aus der Grußadresse des Genossen Enver Hoxha an den Kongreß und aus dem Bericht des Genossen Rita Marco, des Vorsitzenden des Zentralrates des Albanischen Gewerkschaftsverbandes. Wie wir bereits berichteten, nahm an dem Kongreß auf Einladung des Albanischen Gewerkschaftsverbandes auch eine Delegation revolutionärer Gewerkschafter aus Deutschland teil, die dem 8. Kongreß die Kampfesgrüße unserer Partei, der revolutionären Arbeiter und Gewerkschafter unseres Landes überbrachte. Der „Rote Morgen" sprach mit Genossen Horst-Dieter Koch von der Delegation, die inzwischen von ihrem Besuch in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien zurückgekehrt ist.

RM: In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien gibt es keine Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse mehr. Es gibt dort keine Kapitalistenklasse. In Albanien ist die Arbeiterklasse an der Macht. Könntest Du, bevor wir auf den 8. Kongreß selbst zu sprechen kommen, einmal kurz die Aufgaben zusammenfassen, die die Gewerkschaften in einem sozialistischen Land wie Albanien haben?

Gen. Koch: Gewerkschaften müssen, wie Lenin einmal gesagt hat, Schulen des Kommunismus sein. Für ein Land der Diktatur des Proletariats wie Albanien bedeutet das, daß die Gewerkschaften unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei, für Albanien also der Partei der Arbeit, die Arbeiterklasse zum Kampf für die Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats und für den Aufbau des Sozialismus gegen alle inneren und äußeren Feinde mobilisieren. Das erfordert als wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften die politisch-ideologische Erziehung der Arbeiterklasse im Sinne des Marxismus-Leninismus.



Genosse Rita Marko, Mitglied des Politbüros der PAA und Vorsitzender des Zentralrates des Albanischen Gewerkschaftsverbandes spricht auf dem Kongreß.

Die Gewerkschaften kämpfen dafür, daß die breiten Massen der Arbeiter die marxistisch-leninistische Linie der Partei verstehen und verwirklichen. Dabei organisieren die Gewerkschaften den Kampf gegen negative Erscheinungen wie Bürokratismus und Liberalismus. Die albanischen Gewerkschaften kämpfen auch für die Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauern, was eine Grundfrage der Diktatur des Proletariats ist. Selbstverständlich gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften auch der Kampf für die Verwirklichung der wirtschaftlichen Ziele, für die Erfüllung der Fünfjahrespläne, für die Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs usw. Die Gewerkschaften sind so in Albanien ein wichtiges Instrument der Arbeiterklasse, um unter der Leitung der Partei ihre führende Rolle in der Gesellschaft zu verwirklichen.

RM: Und welche Fragen standen nun im Mittelpunkt des 8. Kongresses des Albanischen Gewerkschaftsverbandes?

Gen. Koch: Im Zentrum des 8. Kongresses stand die Aufgabe, die historischen Beschlüsse des 7. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens in die Tat umzusetzen. Unter diesem Gesichtspunkt behandelten der Bericht des Genossen Rita Marco und die Diskussionsbeiträge der Delegierten praktisch alle Bereiche der Arbeit der albanischen Gewerkschaften. Dabei nahmen die Berichte aus den Betrieben einen breiten Raum ein, in denen die Delegierten die Erfahrungen zusammenfaßten, die im Kampf für die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne gemacht wurden, in denen sie von den ergriffenen Initiativen berichteten, die Fehler und die Erfolge analysierten und in denen sie bekanntgaben, welche Ziele sich die Arbeiter ihres Betriebes für die nächste Zeit gestellt haben und mit welchen Mitteln und Methoden sie sie erreichen wollen. Es wäre aber völlig falsch, das hauptsächlich als eine Diskussion von „Wirtschaftsfragen" zu verstehen. Die Politik stand dabei an erster Stelle.

RM: Könntest Du das näher erläutern?

Gen. Koch: Nehmen wir das Beispiel der Produktion von Ersatzteilen. Der laufende Fünfjahresplan sieht vor, daß 95% aller Ersatzteile in Albanien selbst produziert werden sollen. Dazu muß man sich vor Augen halten, daß die Sozialistische Volksrepublik Albanien als Land, in dem die Arbeiterklasse an der Macht ist, von wütenden Feinden umgeben ist. Alle imperialistischen und revisionistischen Staaten wollen dieses Leuchtfeuer des Sozialismus zum Erlöschen bringen. Dieses Ziel verfolgen sie mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln. Natürlich schließen sie dabei auch die militärische Aggression nicht aus. Im Kampf gegen diese imperialistisch-revisionistische Einkreisung bauen die albanische Arbeiterklasse und das albanische Volk den Sozialismus auf, indem sie entsprechend den Lehren der Partei das sozialistische Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, entschlossen verwirklichen. Mit jedem Ersatzteil, das Albanien entsprechend diesem Prinzip selbst produziert, wird den Imperialisten, Sozialimperialisten, der gesamten Weltbourgeoisie eine Möglichkeit genommen, Druck auszuüben, die sozialistische Produktion durch Nichtlieferung zu stören usw. Es ist also nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem eine politische Frage, ob Albanien seine Ersatzteile selbst produziert oder einführen muß.

Oder nehmen wir ein ganz anderes Beispiel. Da gibt es in Albanien die Bewegung, daß Jugendliche von der Stadt auf das Land gehen, um dort zu arbeiten und zu leben. Oder Betriebe haben Patenschaften für Genossenschaften übernommen und die Arbeiter helfen in regelmäßigen Aktionen den Genossenschaftsbauern bei ihrer Arbeit. Natürlich hat das eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Bedeutung, wenn die Arbeiter den Genossenschaftsbauern beispielsweise in der Erntezeit helfen, damit die Ernte schnell unter Dach und Fach kommt und keine Verluste entstehen. Vor allem aber ist es von großer politischer Bedeutung, wenn die Arbeiter zu den Genossenschaftsbauern aufs Land gehen. Sie tragen nämlich nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch ihre proletarische Ideologie, den Marxismus-Leninismus, den revolutionären Elan und die Disziplin ihrer Klasse auf das Land. So wird das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern gefestigt und die Arbeiterklasse verwirklicht ihre führende Rolle.

RM: Aus Deiner Schilderung könnte man schließen, daß der Großteil der Delegierten Mitglieder der Partei der Arbeit waren.

Gen. Koch: Das war aber keineswegs der Fall. Über 70% der Delegierten waren parteilose Arbeiter. Aber der vielleicht tiefste Eindruck, den wir vom 8. Kongreß mit nach Hause genommen haben, war der von der stählernen Einheit, die zwischen der albanischen Arbeiterklasse und der Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze besteht. Das zeigte der ganze Verlauf des Kongresses. Zum Beispiel die stürmische Begeisterung, mit der die Grußbotschaft des Genossen Enver Hoxha an den Kongreß aufgenommen wurde. Das zeigte sich natürlich daran, daß jeder einzelne Diskussionsbeitrag von der marxistisch-leninistischen Linie der Partei durchdrungen war. Aber diese unverbrüchliche Verbundenheit zwischen der Partei und dem Volk war nicht nur auf dem Kongreß zu spüren.

Unvergeßlich wird unserer Delegation sicher die Demonstration bleiben, die am Vortage des Kongreßbeginns zum Empfang der Delegierten in Korça stattfand. Die über 2.000 Delegierten, die mit Bussen nach Korça angereist waren, formierten sich an der Stadtgrenze Korças zu einem Demonstrationszug und marschierten — Genossen des Politbüros der PAA an der Spitze — ins Zentrum der Stadt. Entlang den Straßen und auf dem großen Platz im Zentrum der Stadt war praktisch die gesamte Bevölkerung Korças auf den Beinen. Die revolutionäre Begeisterung, die auf dieser Demonstration herrschte, ist unbeschreiblich. Immer wieder stimmten die Massen Hochrufe auf die Partei und den Genossen Enver an, wurden revolutionäre Kampflosungen gerufen.



Am Vorabend des Kongreßbeginns: Die über 2.000 Delegierten marschieren — Genossen des Politbüros an der Spitze — ins Zentrum Korças. Mit unbeschreiblicher Begeisterung werden sie von der Bevölkerung empfangen.

RM: Der Kongreß fand also unter starker Anteilnahme der Massen statt?

Gen. Koch: „Anteilnahme" ist eher untertrieben. Es herrschte eine breite, aktive, revolutionäre Mobilisierung im ganzen Land. Der Verlauf des Kongresses war überall Diskussionsthema Nr. 1. Unter dem Eindruck der erfolgreichen Arbeit des 8. Kongresses beschlossen die Werktätigen überall im Land neue Initiativen. Das ging auch aus den zahlreichen Telegrammen hervor, die den Kongreß von Werktätigen aus allen Teilen des Landes erreichten.

RM: Der Kongreß hat wohl auch zur internationalen Lage Stellung genommen. Das geht aus dem Bericht des Genossen Rita Marco hervor.

Gen. Koch: Ja. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß der 8. Kongreß auch eine machtvolle Demonstration des proletarischen Internationalismus war. Der 8. Kongreß hat voll und ganz die Analyse der internationalen Lage bestätigt, die der 7. Parteitag der Partei der Arbeit, vor allem der Bericht des Genossen Enver Hoxha, gemacht hat. Die albanische Arbeiterklasse hat auf diesem Kongreß zu all diesen Fragen ein klares Wort gesprochen.

Der Albanische Gewerkschaftsverband verteidigt entsprechend der marxistisch-leninistischen Linie der Partei der Arbeit entschieden die Notwendigkeit des konsequenten, revolutionären Kampfes gegen den Imperialismus, vor allem gegen die beiden Supermächte, gegen Reaktion und Revisionismus. Der Albanische Gewerkschaftsverband hat auf diesem Kongreß erneut unterstrichen, daß er immer an der Seite der marxistisch-leninistischen Parteien, des internationalen Proletariats und der revolutionären Völker stehen wird. Er hat sich nachdrücklich gegen alle Konzepte ausgesprochen, die auf eine Kapitulation vor dem Imperialismus oder auf eine Kollaboration mit imperialistischen oder sonstigen reaktionären Kräften hinauslaufen.

RM: Ein Ausdruck des proletarischen Internationalismus war ja wohl auch die Teilnahme der zahlreichen ausländischen Delegationen an dem Kongreß.

Gen. Koch: Ja. In dem Kongreß haben 20 ausländische Delegationen teilgenommen. Darüber hinaus erreichten den Kongreß zahlreiche Grußadressen von allen Kontinenten.



Das zeigt, daß die Versuche des vom Sozialimperialismus beherrschten Weltgewerkschaftsbundes und des vor allem vom USA-Imperialismus kontrollierten Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, den Albanischen Gewerkschaftsverband wegen seiner prinzipienfesten, revolutionären Haltung zu isolieren, gescheitert sind. Die Arbeiter aller Länder erkennen immer klarer die Bedeutung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien als Leuchtfeuer des Sozialismus in der Welt und die hervorragende Rolle, die der Albanische Gewerkschaftsverband heute unter der Führung der Partei der Arbeit in der revolutionären Weltgewerkschaftsbewegung spielt.

Der proletarische Internationalismus ist tief bei der albanischen Arbeiterklasse und im gesamten albanischen Volk verankert. Das ist natürlich ein Ergebnis der unermüdlichen Arbeit der PAA, die vom Albanischen Gewerkschaftsverband tatkräftig unterstützt wird. Überall, wo wir hinkamen, wurden wir im wahrhaft internationalistischen Geist und mit überwältigender Gastfreundschaft empfangen. Überall stießen wir auf größte Sympathie für den Kampf unserer Partei und des deutschen Proletariats. Immer wieder wurden wir auf den III. Parteitag unserer Partei angesprochen. Bilder von der Abschlußveranstaltung des III. Parteitages in Ludwigshafen, von den internationalistischen Kundgebungen in Rom und Lissabon hängen in vielen Schaukästen aus. Ein 30minütiger Bericht über die Großveranstaltung in Ludwigshafen im albanischen Fernsehen wurde aufgrund der vielen Zuschriften sogar wiederholt.

RM: Wie würdest Du Deine Eindrücke vom 8. Kongreß zusammenfassen?

Gen. Koch: Der ganze Verlauf des 8. Kongresses hat uns erneut ein überaus lebendiges Bild davon vermittelt, daß in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien die Arbeiterklasse an der Macht ist, die in allen gesellschaftlichen Bereichen unter der Führung der Partei ihre proletarische Diktatur ausübt. Er hat zugleich die umfassende sozialistische Demokratie gezeigt, die die albanischen Werktätigen genießen. Auf dem 8. Kongreß hat die albanische Arbeiterklasse zu allen wichtigen Fragen der Politik, Wirtschaft, Kultur usw. ihr Wort gesprochen. Der 8. Kongreß hat gezeigt, daß es völlig der sozialistischen Wirklichkeit in Albanien entspricht, daß die Arbeiter direkt und unmittelbar an der Leitung und Verwaltung des Landes und aller Bereiche des Staates und der Gesellschaft teilnehmen, und daß die Arbeiterklasse über alles die Kontrolle ausübt.

Die albanische Arbeiterklasse hat auf dem 8. Kongreß ihre stählerne Einheit um die Partei der Arbeit mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze demonstriert, ihre unverbrüchliche Treue zum Marxismus-Leninismus und zum proletarischen Internationalismus. Der 8. Kongreß hat die Grundlage dafür gelegt, schnell und entschlossen die Beschlüsse des 7. Parteitages zu verwirklichen, die Diktatur des Proletariats zu festigen, neue große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus zu erringen, sich auf die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes noch wirkungsvoller vorzubereiten. Das alles hat nicht nur für die Sozialistische Volksrepublik Albanien, für die albanische Arbeiterklasse und das albanische Volk größte Bedeutung, sondern für die Arbeiter aller Länder und natürlich auch für unsere Partei und für das deutsche Proletariat. Denn es ist so, wie es die albanischen Genossen unserer Delegation gegenüber immer wieder betont haben: **Euer Kampf ist auch unser Kampf und unser Kampf ist auch Euer Kampf.**

Prozeß gegen Genossen Andreas
63 000 DM Schadensersatz wegen angeblichen Faustschlags

Am 14. Juli beginnt vor dem Landgericht in Münster der Prozeß über die Schadensersatzklage des Landes Nordrhein-Westfalen und über die Schmerzensgeldklage des Polizeibezirkskommissars Zinn gegen den Genossen Andreas Müller-Witte. Genosse Andreas war von der bürgerlichen Klassenjustiz angeklagt worden, weil er angeblich bei einer Demonstration aus Anlaß des Todes von Genossen Günter Routhier den Polizisten Zinn verletzt haben soll. Er wurde dafür bis jetzt in zweiter Instanz zu zehn Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Und jetzt folgen die Schadensersatz- und Schmerzensgeldklage.

Schon im Februar hatte der Polizeipräsident von Münster Andreas eine Rechnung von insgesamt 45.298,54 DM ins Haus geschickt. Diese Forderung wurde jetzt auf 50.482,40 DM plus 4% Zinsen erhöht und weitere Forderungen wurden angekündigt. Der Polizist Zinn will von Andreas zusätzlich runde 13.000 DM „Schmerzensgeld" haben. Verliert Genosse Andreas den Prozeß, hätte er mit Prozeßkosten insgesamt runde 75.000 DM an die bürgerliche Klassenjustiz und die Polizei zu zahlen.

Genosse Andreas schreibt uns dazu:

„Nach der Demonstration, auf der ich wegen des angeblichen Angriffs auf den Einsatzleiter Zinn festgenommen wurde, begann eine richtiggehende Hetz- und Drohkampagne gegen mich. So wurden z. B. meine Eltern Sonntagmorgens angerufen und ihnen gedroht: ‚Wo ist ihr Sohn, den bringen wir um!'

Dann in den Tagen darauf in der Lokalpresse: ‚Schädelbasisbruch' von Zinn. In der Anklageschrift blieb davon allerdings lediglich eine Fissur, d. h. ein feiner Anriß zurück.

Zinn, der während des Einsatzes noch ganz quickfidel war, legte sich nach der Demonstration für sechs Wochen auf die Privatstation des Chefarztes des evangelischen Krankenhauses. Zwei Monate später läßt er sich einen Zahn ziehen — auch das soll ich bezahlen. Dann bekommt er ein halbes Jahr einen Krankenschein, nur unterbrochen vom Urlaub (!), geht anschließend in Kur und wird am Ende mit einer Halbtagsbeschäftigung in den Innendienst versetzt. Besonders bezeichnend ist die Kur, die Herr Zinn auf meine Kosten durchgeführt haben möchte: Da stellt sich z. B. heraus, daß er dort vor allem wegen einer Wirbelsäulenschwäche, einer schweren Lungenerkrankung und wegen Verdachts auf eine Darmerkrankung behandelt worden ist. Hier wird selbst für einen Laien offensichtlich, welche „Folgeerscheinungen" meines angeblichen Angriffs hier im Spiel sind. Zumindest ist bis heute nirgends nachgewiesen, wieso man durch einen Faustschlag ein Jahr später Verstopfung bekommen kann.

Man vergleiche:

Günter Routhier wurde in die Stuhlreihen des Duisburger Arbeitsgerichts geschleudert, die Treppe hinuntergestürzt und bewußtlos auf den Boden eines Mannschaftswagens der Polizei gelegt. Der Polizeiarzt: ‚Nichts festzustellen, keine Behandlung im Krankenhaus erforderlich.' Eine Gehirnerschütterung? ‚Ist nach zwei Stunden nicht mehr festzustellen.' Kopfschmerzen? ‚Kommen vom Rauchen'. 14 Tage später ist Günter tot. Der Kommentar der Gerichte: Es gibt keinen Zusammenhang, von Mord darf nicht gesprochen werden.

Der Polizist Zinn dagegen führt noch zwei Stunden nach der angeblich erlittenen Verletzung den Einsatz. Geht dann ins Krankenhaus. Gehirnerschütterung? ‚Aber selbstverständlich.' Kopfschmerzen? ‚Kommen vom Schlagen'."

Es ist ganz offensichtlich, daß hier ein Kommunist finanziell fertiggemacht werden soll.

Keine Verurteilung des Genossen Andreas!

Düsseldorf
Kampf den unverschämten Mietforderungen

Korrespondenz. Von einer betroffenen Mieterin erfuhr ich folgendes: Vor kurzer Zeit erhielten die Mieter einiger Häuser der Benz-, Lürmann- und Eythstraße von der Gemeinnützigen Sozialen Wohnungsbaugesellschaft m. b. H. „Familienhilfe" ein längeres Schreiben. Ohne genauer auf die Gründe einzugehen, verlangte die „Familienhilfe" eine Mietnachzahlung für das ganze Jahr 1976 und für die ersten sechs Monate dieses Jahres, insgesamt zwischen 230 und 500 DM.

Doch das war nur die erste Unverschämtheit. Außerdem lasen die Mieter und sie trauten ihren Augen nicht, daß sie ab sofort fast 10% mehr Miete zahlen sollten. Für die Mieter auf der Benzstraße war das ein doppelter Schock. Sie hatten erst Ende letzten Jahres einen Mietvertrag erhalten, wobei die Miete bereits drastisch erhöht wurde. Jetzt soll die Miete für eine Zweizimmerwohnung über 300 DM kosten. Dazu kommen noch Gas, Heizung und Strom. Viele wollen jetzt in Urlaub fahren und erleben dann diese böse Überraschung. Was die Nachzahlungen und die Mieterhöhungen für die älteren Menschen bedeutet, kann man sich leicht ausmalen. Sie sind am schlimmsten dran. Doch der „Familienhilfe" ist das egal. Sie erlaubt sich sogar noch die Frechheit, in ihrem Schreiben darauf hinzuweisen, daß man ja Wohngeld beantragen könnte. Aber auch die Familien, die Wohngeld bekommen, müssen einen Teil der Mieterhöhungen mittragen. Außerdem wird kein Pfennig Wohngeld rückwirkend gezahlt. Also die Nachzahlungen muß jeder voll selbst bezahlen.

Doch so leicht machten es die Mieter der „Familienhilfe" nicht. Nur wenige bezahlten bisher die geforderten Summen. Alle Bewohner sind sehr empört. In den drei Häusern der Benzstraße, die betroffen sind, wurden Unterschriften gesammelt. Fast alle Mieter unterschrieben die Aufforderung nach Aufklärung über die Gründe für die Mieterhöhung. Sie erklärten, daß sie bis dahin keinerlei Nachzahlung leisten würden. Auch diejenigen, die schon bezahlt haben, forderten jetzt ihr Geld zurück.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

LÜNEBURG

Vor kurzem wurde in Lüneburg ein Informationsstand des KBW von der Polizei regelrecht geschleift. Die Polizei ging dabei mit dem Gummiknüppel vor. Zwei Genossen, die den Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, wurden brutal niedergeschlagen, verletzt und festgenommen. Dabei wurden einem der beiden Genossen die Handschellen so eng zugedreht, daß sein Handgelenk verletzt wurde. Während der Fahrt zur Wache erklärten die Polizisten, sie würden gegen die Genossen Anzeige wegen „Körperverletzung" und „Widerstand" erstatten.

KIEL

Während der Kieler Woche spielte das „Mobile Straßentheater" auf dem Rathenauplatz ein Stück über die Ermordung Benno Ohnesorgs vor zehn Jahren. Aus dem Spiel wurde blutiger Ernst, als plötzlich etwa 10 bis 15 Polizisten mit gezogenem Knüppel in die Zuschauermenge stürzten und wahllos drauflosprügelten. Ein Schauspieler und drei Zuschauer wurden festgenommen. Daraufhin formierte sich eine Protestdemonstration von 500 Menschen zur Polizeiwache und forderte ihre Freilassung. Gegen 22 Uhr wurden sie dann endlich freigelassen.

DUISBURG

Am 27. 6. begann vor dem Landgericht in Duisburg der Berufungsprozeß gegen die Genossen Martin Tuschen, Maicke Tuschen sowie gegen Bernhard K. In erster Instanz waren sie zu 1.200, 3.000 und 7.500 DM Geldstrafe verurteilt worden. Die Anklage lautet unter anderem auf „Widerstand gegen die Staatsgewalt", „Körperverletzung", „Volksverhetzung" und „Verächtlichmachung der Bundesrepublik". Im Mittelpunkt des Prozesses stehen die Vorgänge im Duisburger Arbeitsgericht vom 5. Juni 1974, bei denen infolge eines faschistischen Polizeiüberfalls auf Genossen der KPD/ML der Genosse Günter Routhier so schwere Verletzungen erlitt, daß er später im Krankenhaus an den Folgen starb. Vor Gericht gestellt wurden und werden nun aber nicht etwa die beteiligten Polizisten und ihr Einsatzleiter, sondern vielmehr die Genossen, die neben Günter Routhier damals willkürlich von der Polizei überfallen, zusammengeschlagen und festgenommen worden waren. Zu ihnen gehören auch Martin und Maicke Tuschen sowie Bernhard K.

Die Anklage bezieht sich zum einen darauf, daß sie damals im Arbeitsgericht (es ging um die Klage eines Genossen, der bei Mannesmann fristlos entlassen worden war) dabeigewesen waren, aber auch darauf, daß sie später für die Verbreitung der Wahrheit über Günters Tod eingetreten waren. Unter den zahlreichen Zeugen, die im bisherigen Verlauf der Verhandlung bereits ausgesagt haben, sind besonders die beiden Polizisten Kluten und Werner zu erwähnen, die bezeichnenderweise nicht von der Staatsanwaltschaft, sondern von der Verteidigung vorgeladen wurden. Sie waren diejenigen, die Günter, nachdem er bereits von zivilen Polizeischlägern zu Boden geschlagen und mißhandelt worden war, abführten und ihn dabei brutal die Treppen im Arbeitsgericht hinunterwarfen. Günter hatte infolge der dabei erlittenen Kopfverletzungen dann vorübergehend das Bewußtsein verloren.

Jetzt verwickelten sie sich noch schärfer in krasse Widersprüche als bei ihren früheren Aussagen, und es war offensichtlich, daß sie sich in Lügen verstrickten, weil jeder versuchte, auf Kosten des anderen seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Praktisch beschuldigten sie sich gegenseitig, den Sturz Günter Routhiers herbeigeführt zu haben.

Richter und Staatsanwälte waren vergeblich bemüht, den für die Justiz fatalen Eindruck zu verwischen, daß hier die wirklichen Verbrecher als Zeugen auftreten, während diejenigen, die das Verbrechen aufdeckten, auf der Anklagebank sitzen. Der Prozeß wird in dieser Woche fortgesetzt. **Der voraussichtlich letzte Termin findet am 8. Juli im Landgericht Duisburg statt. Beginn: 9 Uhr.**

Spenden

6.6.	R. K., Kiel	20,00
8.6.	Pfingstzeltlager der Roten Garde Mainfranken	170,00
10.6.	Ortsgruppe Würzburg	4.500,00
10.6.	G. S., Nürnberg	5,00
11.6.	Besucherin des Pressefests in Dortmund	300,00
11.6.	Besucher des Pressefests in Dortmund	50,00
14.6.	I. T., Westberlin	20,00
15.6.	W. L., Hannover	20,00
16.6.	W. M., Kassel	20,00
16.6.	Sporttreff Düsseldorf	110,00
16.6.	K. H. D., Warendorf	20,00
20.6.	Pressefest Frankfurt	2.185,00
23.6.	Rote Garde Minden	33,00

Insgesamt wurden im Juni 7.453 DM für den „Roten Morgen" gespendet. Wir danken allen Spendern für ihren Beitrag.

Andere Spenden:

6.6.	W. H., Würzburg (für die Sektion DDR)	150,00
15.6.	H. S., Fulda (für die Sektion DDR)	35,00
2.6.	Bürgerinitiative Waldheide (für Kambodscha)	70,00

UZ-Pressefest
D'K'P und Polizei-Hand in Hand

Am Wochenende hat in Recklinghausen das „UZ"-Pressefest stattgefunden. Die modernen Revisionisten der D„K"P hatten keinen Aufwand gescheut, um ihre verräterische Politik, verpackt in einer Mischung von Kirmes, Sport, Gesangsdarbietungen usw. an den Mann zu bringen. Die Millionen aus der DDR waren reichlich geflossen. Ungestört konnten sie ihre betrügerische Schau allerdings nicht abziehen. Durch Agitation und Propaganda enthüllten die Genossen der Partei den wahren Kern des Spektakels von Feinden der Arbeiterklasse, der Revolution und des Marxismus-Leninismus.



Polizei droht mit Beschlagnahmung der Transparente und mit Festnahme.

Nachmittags um fünf, mitten im dicksten Trubel, tauchte auf einmal ein großer Ballon am Himmel direkt über dem Festplatz auf. Er trug ein Transparent, auf dem die Parole stand: „D„K'P = Verrat am Kommunis! KPD/ML." Der Ballon war so verankert, daß er weder durch den Wind abgetrieben noch von den Revisionisten zerstört werden konnte. Als es dunkel wurde, stand er immer noch am Himmel.

Schon am Nachmittag hatte sich gezeigt, daß die modernen Revisionisten von der D„K"P Hand in Hand mit der Polizei gegen die Kommunisten zusammenarbeiten. So hatte die Polizei einen Stand der Partei von vornherein verboten. Die Agitation und Propaganda verhindern konnte sie jedoch nicht. Die Genossen hatten sich vor dem Haupteingangstor mit Transparenten, Flugblättern und dem „Roten Morgen" aufgestellt. Vor allem die Losung: „Es lebe die Sektion DDR der KPD/ML!" stieß dabei auf den besonderen Haß der Revisionisten. Vorläufig hielten sie jedoch ihre Schlägerbanden noch zurück.

Dafür tauchte die Polizei auf und erklärte den Genossen, sie befänden sich in „einer gefährlichen Situation". Wenn nämlich die D„K"P einen Ausfall gegen uns machen würde, seien sie leider machtlos. Als sich die Genossen aber nicht beeindrucken ließen, kam nach einiger Zeit der Einsatzleiter der Polizei und drohte mit der Beschlagnahme der Transparente und Festnahmen. Auf der anderen Straßenseite konnten die Genossen dann allerdings ihre Agitation und Propaganda fortsetzen.

Das paßte den D„K"P-Revisionisten natürlich überhaupt nicht. Aber mitten im Trubel ihres Volksfestes wagten sie es nicht, die Genossen offen anzugreifen. Aber wenig später zeigten sie dann, daß sie genauso feige und hinterhältig wie die Faschisten sind. Als die Genossen nämlich auf dem Rückweg waren, wurden sie von einem Schlägertrupp der Revisionisten überfallen und zwei Genossen verletzt. Als die Revisionisten allerdings die Fäuste der Genossen zu spüren bekamen, flohen sie sofort.

So war es den modernen Revisionisten nicht gelungen, die Agitation und Propaganda der Partei zu verhindern.

Der Staat, in dem wir leben

Während sich die großen Gauner oft der mildesten Behandlung durch die Gerichte erfreuen können, KZ-Mörder mit Glacéhandschuhen angefaßt und meistens zu minimalen Strafen verurteilt werden, zieht die bürgerliche Klassenjustiz ganz andere Seiten auf, wenn gegen einfache Werktätige verhandelt wird. Hier zwei Urteile von Amtsgerichten, die das deutlich beweisen.

Schwarzgefahren-drei Monate Gefängnis

Im Herbst 1976 wurde der arbeitslose Arbeiter K. in einer Frankfurter Straßenbahn beim Schwarzfahren erwischt. Er wurde jetzt von einer Frankfurter Amtsrichterin zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt.

Ist dies schon empörend genug, machen die näheren Umstände das Urteil noch skandalöser. Wie gesagt, war der Kollege arbeitslos. Darüber hinaus war ihm aber auch noch die Sozialhilfe gestrichen worden, so daß er buchstäblich ohne eine einzige Mark dastand.

Um sich Arbeit zu suchen und zu den Ämtern zu kommen, konnte er gar nicht anders als schwarzfahren. Für die Richterin zählte das allerdings nicht. Ihr zynischer Kommentar: Er „hätte ja auch die Beine benutzen können".

Die "Würde" eines Gerichtes

Im Herbst 1976 wurde die Nürnberger Marktfrau Gunda Herbst zu einer Geldstrafe von 2.250 DM verurteilt, weil sich ein Polizist beleidigt fühlte, als sie ihn mit „Du" ansprach. Die Presse griff den Fall auf und er wurde weit bekannt. Jetzt stand die Marktfrau erneut vor dem Richter, weil sie angeblich erneut einen Richter beleidigt haben soll. Sie traute allerdings kaum ihren Augen, als sie denselben Richter vor sich sah, der sie schon einmal verurteilt hatte. Sie stellte einen Befangenheitsantrag und nannte sein damaliges Urteil ein „Skandalurteil". Dafür muß sie jetzt zwei Tage ins Gefängnis, weil sie nicht bedacht hat, daß ein einfacher Werktätiger die „Würde" des Gerichts verletzt, wenn er einem Urteil den Namen gibt, den es verdient.

Grusstelegramm des ZK der KPD/ML an das ZK der KP Chinas zum 56. Jahrestag der Gründung der KP Chinas

An das
Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Chinas

Liebe Genossen!

Zum 56. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas senden wir Euch im Namen der deutschen Arbeiterklasse in Ost und West revolutionäre Kampfesgrüße.

Die Kommunistische Partei Chinas ist eine ruhmreiche Partei. Sie hat sich unter der Führung des großen Marxisten-Leninisten, Genossen Mao Tsetung, nicht nur im Kampf für die Befreiung des chinesischen Volkes, sondern auch im Kampf gegen den Weltimperialismus und alle seine Handlanger große Verdienste erworben.

Dies ist der erste Jahrestag der Gründung der KP Chinas, den Genosse Mao Tsetung nicht mehr miterleben kann. Wir möchten Euch deshalb an dieser Stelle noch einmal unser tiefempfundenes Mitgefühl aussprechen für den großen Verlust, den die Kommunistische Partei Chinas, den das chinesische Volk durch den Tod des Vorsitzenden Mao Tsetung erlitt und Euch gleichzeitig noch einmal versichern, daß wir das Andenken des Vorsitzenden Mao Tsetung immer in Ehren halten und seine Lehren immer beherzigen und verteidigen werden.

Genossen, die Gründung der KP Chinas bedeutete eine historische Wende im Befreiungskampf des chinesischen Volkes. Der siegreiche Verlauf der chinesischen I volution bestätigte für das internationale Proletariat und für die Völker der Welt: „Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen.“

Geleitet von einer solchen Partei, deren revolutionäre Linie Genosse Mao Tsetung auf der Grundlage der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin im prinzipienfesten Kampf gegen rechts- und „links“opportunistische Strömungen ausarbeitete und verteidigte, besiegte das chinesische Volk im bewaffneten Befreiungskampf den Imperialismus und die einheimische Reaktion und gründete die Volksrepublik China. Die Gründung der Volksrepublik China bedeutete nicht nur für das chinesische Volk einen großen Sieg, sondern war gleichzeitig eine große Unterstützung und Ermutigung für alle um ihre Befreiung kämpfenden Völker. Im entschlossenen Klassenkampf gegen alle Feinde wurde unter der Führung der KP Chinas die sozialistische Revolution durchgeführt und gemäß den Richtlinien des Genossen Mao Tsetung, die proletarische Politik in den Vordergrund zu rücken, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen und die Massenlinie durchzusetzen, mit großem Erfolg der Sozialismus aufgebaut.

Genossen, besonders große Verdienste hat sich die Kommunistische Partei Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze erworben, als sie gemeinsam mit der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze im großen, prinzipienfesten Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung verteidigte. Mutig und ungeachtet der wilden Attacken der Chruschtschow-Revisionisten, die sich als Herr der kommunistischen Weltbewegung aufspielten und meinten, allen anderen Parteien ihren Standpunkt diktieren zu können, entlarvte die Kommunistische Partei Chinas die Kapitulation der Chruschtschow-Revisionisten vor dem Imperialismus, ihren Verrat an der proletarischen Revolution und am Befreiungskampf der Völker. Durch diesen Kampf leistete die KP Chinas einen unsterblichen Beitrag für die Sache der Revolution und des Kommunismus, für den Triumph des Marxismus-Leninismus über den modernen Revisionismus.

Angesichts der Entstehung des modernen Revisionismus in der Sowjetunion und der vollständigen Restauration des Kapitalismus dort, leistete die Kommunistische Partei Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze einen großen theoretischen und praktischen Beitrag zu den Grundfragen, die die gesamte Periode des Sozialismus den kommunistischen Parteien stellt. Genosse Mao Tsetung bewies, daß während der gesamten Periode des Sozialismus der Klassenkampf existiert, wobei das Hauptangriffsziel der Klassenfeinde die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und die Diktatur des Proletariats ist. Genosse Mao Tsetung betonte: „Würden der Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats in Vergessenheit geraten, dann wären vielleicht nur einige Jahre bzw. ein Jahrzehnt, höchstens einige Jahrzehnte nötig, um die marxistisch-leninistische Partei in eine faschistische Partei zu verwandeln, und ganz China würde die Farbe wechseln.“ Deshalb führte Genosse Mao Tsetung zeit seines Lebens einen schonungslosen und prinzipienfesten Kampf gegen alle revisionistischen Strömungen, die den Klassenkampf leugneten und danach trachteten, die Diktatur des Proletariats zu stürzen und den Kapitalismus in China zu restaurieren.

Es ist das unsterbliche Verdienst des Genossen Mao Tsetung, daß durch die Große Proletarische Kulturrevolution, die er persönlich initiierte und leitete, vor aller Welt bewiesen wurde, daß die Entartung der Diktatur des Proletariats keineswegs zwangsläufig ist, wie die Imperialisten behaupten, sondern durch den revolutionären Kampf der Volksmassen, geleitet von den Ideen des Marxismus-Leninismus verhindert werden kann. Die Große Proletarische Kulturrevolution, die eine politische Revolution war, die alle diejenigen stürzte, die den Weg der Restauration des Kapitalismus verfolgten, bedeutete eine große Unterstützung für die marxistisch-leninistischen Kräfte der ganzen Welt und eine Ermutigung, ihren Kampf gegen den Imperialismus und den modernen Revisionismus zu verstärken.

Große und unsterbliche Verdienste hat sich die Kommunistische Partei Chinas unter der Führung des Genossen Mao Tsetung auch im Kampf gegen den Weltimperialismus und bei der Unterstützung des Befreiungskampfes des internationalen Proletariats und der Völker der Welt erworben. Genosse Mao Tsetung erklärte: „Der Sowjetrevisionismus und der USA-Imperialismus, die unter einer Decke stecken, haben so viel üble und berüchtigte Taten begangen, daß die revolutionären Völker der ganzen Welt sie ganz bestimmt nicht ungestraft entkommen lassen werden. Die Völker aller Länder erheben sich. Eine neue Geschichtsperiode des Kampfes gegen den USA-Imperialismus und gegen den Sowjetrevisionismus hat bereits begonnen.“ Diese Worte des Genossen Mao Tsetung bedeuten eine große Unterstützung für den Kampf des deutschen Volkes, das im Westen von den westdeutschen Imperialisten und den US-Imperialisten, von der NATO und der EWG ausgebeutet und unterdrückt wird, das im Osten von den russischen Sozialimperialisten und der Honecker-Clique, von dem Warschauer Vertrag und dem RGW ausgebeutet und unterdrückt wird. Die Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Volk können sich darauf verlassen, daß die deutsche Arbeiterklasse unter Führung der KPD/ML die beiden Supermächte, oder eine von ihnen, nicht „ungestraft entkommen lassen“ wird. Niemals wird die KPD/ML in ihrem Kampf gegen beide Supermächte und gegen den westdeutschen Imperialismus und die neue Bourgeoisie nachlassen, sondern ihnen durch die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten und die Errichtung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland eine historische Niederlage bereiten.

Genosse Mao Tsetung warnte die Völker der Welt vor der Gefahr eines neuen Weltkrieges. Er sagte: „Was die Gefahr eines Weltkrieges betrifft, gibt es nur zwei Möglichkeiten. Die eine ist, daß der Krieg die Revolution hervorruft, die andere ist, daß die Revolution den Krieg verhindert.“ Diese Worte des Genossen Mao Tsetung sind nach wie vor aktuell. Sie zeigen allen Völkern, daß es im Kampf gegen einen drohenden dritten Weltkrieg vor allem darauf ankommt, den Hauptkriegstreibern, den US-Imperialisten und den russischen Sozialimperialisten, immer neue Schläge zu versetzen bis zu ihrem endgültigen Untergang. Sie zeigen, daß es auch im Kampf gegen die drohende Gefahr eines dritten Weltkrieges die höchste Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien ist, die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen im Geiste der gewaltsamen Revolution zu erziehen, weil sie so den größten Beitrag sowohl im Kampf gegen den Ausbruch eines dritten Weltkrieges als auch im Kampf für den Untergang des Weltimperialismus leisten.

Genossen, auf dem X. Parteitag, der unter der direkten Führung des Genossen Mao Tsetung abgehalten wurde, wurde diese prinzipienfeste Politik der KP Chinas erneut im programmatischen Teil des dort verabschiedeten neuen Statuts bestätigt. Wir unterstützen voll die dort festgelegte marxistisch-leninistische Linie: „Die Kommunistische Partei Chinas hält am proletarischen Internationalismus fest, tritt gegen den Großmachtchauvinismus auf, schließt sich entschieden mit den wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der ganzen Welt, mit dem Proletariat, den unterjochten Völkern und unterjochten Nationen der ganzen Welt zusammen und kämpft gemeinsam mit ihnen gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion, für die Niederschlagung des Imperialismus, des modernen Revisionismus und der Reaktionäre aller Länder und für die Beseitigung des Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem Erdball, damit die gesamte Menschheit ihre Befreiung erlangt.“

Diese Prinzipien werden von den Imperialisten, den Revisionisten und allen Opportunisten gehaßt und pausenlos attackiert. Die Revolutionäre und alle Völker der Welt aber betrachten diese Prinzipien als heilig und unantastbar, und wir versichern der Kommunistischen Partei Chinas, daß wir sie immer verteidigen werden. Genauso wie die Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Volk sich darauf verlassen können, daß die KPD/ML als Avantgarde des deutschen Proletariats immer alle Angriffe auf den Sozialismus in China und die Diktatur des Proletariats, von wem sie auch kommen mögen, zurückweisen wird.

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe die Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus!

1. Juli 1977

Zentralkomitee
der
Kommunistischen Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten
Ernst Aust, Vorsitzender

Ein Streit zwischen Renegaten

Fortsetzung von Seite 1

nismus verdammten? Breschnew und Carrillo sind also aus dem gleichen Ei geschlüpft.

Und noch auf dem XXV. Parteitag seiner Partei erklärte Breschnew selbst: „Chiles Tragödie hat die These der Kommunisten von der Möglichkeit verschiedener Wege der Revolution, darunter auch eines friedlichen, keineswegs aufgehoben.“ Die Tragödie Chiles war der völlige Bankrott der revisionistischen Thesen über den „friedlichen Übergang“ zum Sozialismus. Aber wenn Breschnew trotzdem für sich das Recht in Anspruch nimmt, auch weiter die „friedlichen Wege“ zu predigen, warum will er es dann Carrillo und Co. verbieten? Warum beschuldigt er sie, gegen die Diktatur des Proletariats aufzutreten, während er und seinesgleichen es doch waren, die den „Staat des ganzen Volkes“ erfanden und sogar in die neue Verfassung der Sowjetunion hineingeschrieben haben? Breschnew klagt Carrillo an, weil er die sozialistische Sowjetunion Lenins und Stalins als Verbrecherregime beschimpft. Aber waren es nicht er und seinesgleichen, die auf dem XX. Parteitag der KPdSU Stalin verdammten und die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion in den Schmutz zogen? Waren sie es nicht, die alle möglichen Antikommunisten und Verräter rehabilitierten? Und schließlich waren es Chruschtschow, Breschnew und Co., die in der Sowjetunion den Kapitalismus restaurierten, eine sozialfaschistische Diktatur errichteten und die Sowjetunion in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelten.

„Es liegt auf der Hand“, schrieb „Zeri i Popullit“, das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens im März des vergangenen Jahres, „daß sich die Sowjetunion überhaupt nicht darum sorgt, welche Haltung die Parteien zum Marxismus-Leninismus einnehmen, den sie selbst verraten haben. Das Kriterium, mit dem sie jene mißt, sind die Treue gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus, die Billigung und Unterstützung seiner Außenpolitik, die Unterwerfung gegenüber seinem diplomatischen Spiel. Die Parteien beurteilt sie nicht danach, ob sie für die Revolution sind oder nicht, ob sie für den Sozialismus sind oder nicht, sondern danach, wie prosowjetisch sie sind, wie sie die Sowjetunion unterstützen und sich ihr unterwerfen.“

Tatsächlich beschäftigt sich die „Neue Zeit“ in erster Linie damit, Carrillo anzuklagen, weil er nicht den sowjetischen Sozialimperialisten folgt. Ebenso wie Carrillo zeigen sich aber auch die anderen sogenannten „eurokommunistischen“ Parteien keineswegs bereit, bedingungslos dem sowjetischen Taktstock zu folgen. Mit ihrem Verrat am Marxismus-Leninismus wurden sie zu Dienern der reaktionären Bourgeoisie ihres Landes, zu Predigern eines angeblichen „Sozialismus in den Farben Frankreichs“, eines „besonderen italienischen Wegs“, ja sogar, wie Carrillo, zu Verteidigern der faschistischen spanischen Monarchie.

Gleichzeitig ließen sie nichts unversucht, um offiziell und inoffiziell dem amerikanischen Imperialismus ihre Ergebenheit zu bezeugen. Als sie den Marxismus-Leninismus verrieten, verrieten sie auch den proletarischen Internationalismus (und haben ihn inzwischen sogar aus ihrem Wortschatz gestrichen) und wurden zu Chauvinisten, die die Verfechtung der Interessen ihrer eigenen Bourgeoisie auf ihre Fahnen schrieben. Wie wir wissen, sind Carrillo, Berlinguer und Marchais inzwischen sogar dazu übergegangen, den aggressiven NATO-Pakt und die reaktionäre EWG ebenso zu befürworten wie die Anwesenheit der amerikanischen Besatzungstruppen. Als Diener ihrer Bourgeoisie und des westlichen Imperialismus betonen Carrillo, Berlinguer, Marchais und andere ihre Unabhängigkeit von Moskau.

Sie tun es aber auch deshalb, weil sie sehen, daß die sozialfaschistische Unterdrückung und der Großmachtchauvinismus der sowjetischen Sozialimperialisten diese in den Augen der Arbeiterklasse und der Völker immer mehr diskreditiert, so daß es den Carrillo und Co. geraten scheint, sich zu distanzieren und sich ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen, um die werktätigen Massen besser betrügen zu können.

Es ist klar, daß das alles den sowjetischen Revisionisten überhaupt nicht paßt. Für sie sind die revisionistischen Parteien Mittel zur Einmischung in Westeuropa und jetzt müssen sie erleben, daß ihnen dieses Mittel nur noch in beschränktem Maß zur Verfügung steht. Mehr noch.

„Monumentale Einheit“ (der revisionistischen Parteien) . . . (Aus: „Hosteni“)

Sie müssen sogar befürchten, daß die Thesen Carrillos, Berlinguers und Marchais von den amerikanischen und anderen westlichen Imperialisten als Waffe gegen sie, zur Verschärfung der Widersprüche zwischen den revisionistischen Parteien Osteuropas und den sowjetischen Sozialimperialisten ausgenützt wird, wie es zur Zeit geschieht. Nicht umsonst hat der amerikanische Außenminister Vance erst kürzlich davon geschwärmt, daß der „Eurokommunismus“ der Sowjetunion großen Schaden zufügen könnte.

Das offene verräterische Auftreten der revisionistischen Cliquen um Carrillo, Berlinguer und Marchais, die sich auch in Worten immer mehr vom Marxismus-Leninismus lossagen und auf die Positionen der Sozialdemokratie überwechseln; wie sie die kapitalistische Ausbeuterordnung verteidigen, einem faschistischen König die Hand schütteln und ihn in den Himmel loben, die Arbeiter aufrufen, den Gürtel enger zu schnallen, mit faschistischer Gewalt gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger auftreten, schafft für die sowjetischen Revisionisten, die sich als Gralshüter des Leninismus aufspielen, eine unangenehme Lage.

Die Existenz und die Ausbreitung des sogenannten „Eurokommunismus“ zeigt aber auch, wie falsch es ist, die Revisionisten immer nur mit „Agenturen des Sozialimperialismus“ gleichzusetzen. Wer das tut und nicht das gesamte Wesen des revisionistischen Verrats enthüllt, entwaffnet die Arbeiterklasse in Wirklichkeit vor den Revisionisten. Ja, es kommt sogar soweit, daß diese Sorte von Verrätern als Verbündete gegen den sowjetischen Sozialimperialismus betrachtet werden, daß sie, wie z. B. die jugoslawischen Revisionisten, weißgewaschen werden.

Aber, wie Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA sagte: „Gespalten oder vereint, abhängig oder unabhängig von Moskau oder sonstwem kämpfen sie in ihrer Rolle als Antikommunisten vereint gegen die Revolution und unsere marxistisch-leninistischen Parteien, gegen den Marxismus-Leninismus.“

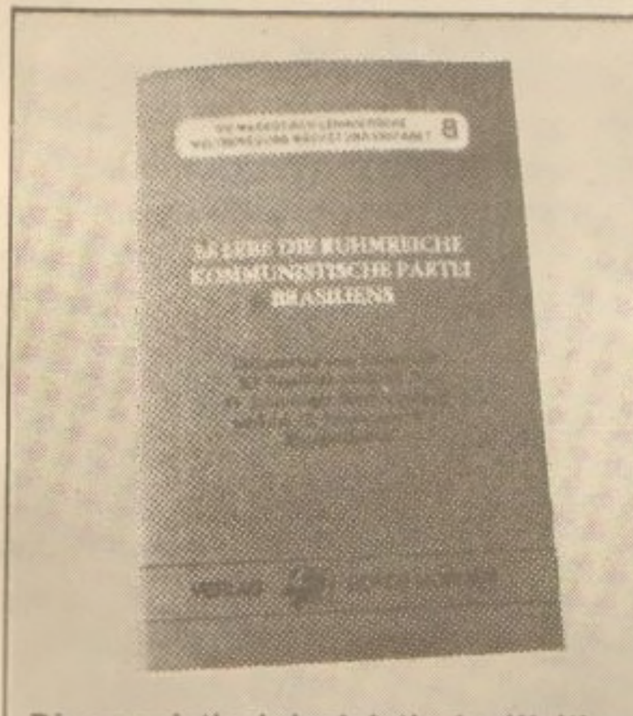
DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

2. Nationale Konferenz der RKP Chiles

Ein bewaffnetes Volk wird nie unterjocht

Am 29. Mai hat an einem Ort in Chile der erfolgreiche Abschluß der 2. Nationalen Konferenz der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles stattgefunden, die vom Zentralkomitee der Partei einberufen worden war. In ihr wurden wichtige Beschlüsse zur gegenwärtigen nationalen und internationalen Lage diskutiert und angenommen. Ferner wurden die Maßnahmen und Richtlinien festgelegt, die notwendig sind, um den Kampf, den das chilenische Volk führt, auf ein noch höheres Niveau zu heben mit dem Ziel, die faschistische Pro-Yankee-Diktatur zu stürzen und endgültig das Unterdrückungs-, Ausbeutungs- und Abhängigkeitsregime, mit dem die Reaktionäre und Imperialisten Chile unterjochen, zu vernichten. Die Konferenz rief die ganze Partei dazu auf, die Anstrengungen zu verdoppeln, um den Kampf der Volksmassen für den Sturz der faschistischen Diktatur zu organisieren, zu führen und voranzutreiben.

Die 2. Nationale Konferenz betonte in diesem Zusammenhang, daß es notwendig ist, der Arbeit im Schoß der Arbeiterklasse, vor allem unter dem Proletariat der großen Industrie



Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt — Heft 8: Es lebe die ruhmreiche Kommunistische Partei Brasiliens. Dokumente zum Kampf der KP Brasiliens
Preis DM 3,00
Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 50 05 68, Tel.: 040 / 3 90 29 59

und der Bergbauzentren sowie unter der armen Bauernschaft absoluten Vorrang zu geben. Die Konferenz beschäftigte sich ausführlich mit der Notwendigkeit, die breiteste Einheit der Volksmassen und der übrigen patriotischen, demokratischen und antifaschistischen Kreise herzustellen, um die Diktatur zu stürzen. Sie betonte, daß die Achse dieser Einheit das revolutionäre Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern sein und die Führung in den Händen des Proletariats liegen muß. Das Minimalprogramm der Front des Volkes gibt diesem Bündnis seinen unmittelbaren Inhalt.

Die 2. Nationale Konferenz erklärte:

„Kampf gegen das Kapitulantentum, den Pazifismus und die Passivität, die die freiistische (der Christdemokrat Frei, ein Lakai des USA-Imperialismus propagiert gegenwärtig eine Ablösung Pinochets und seine Ersetzung durch eine „Demokratie" spanischen Musters, um die Volksmassen zu betrügen — RM) und revisionistische Clique unter den Volksmassen zu säen versuchen. Die Partei muß diesen Absichten der Kapitulation vor den Reaktionären und Imperialisten entschieden entgegentreten, indem sie diese opportunistischen Cliquen anprangert, isoliert und niederschlägt. Gegen jeden Ausweg, der die vom Faschismus perfektionierte Repressionsmaschinerie intakt läßt, da ja damit nur versucht wird, sowohl das System der Ausbeutung, Unterdrückung und nationalen Abhängigkeit zu perfektionieren, als auch den revolutionären Volkskampf gegen die Reaktionäre und US-Imperialisten zu bremsen. Diese Art von Ausweg ist die, die der Freiismus fördert, dem sich der Revisionismus angehängt hat, womit er seinem Kapitulationshandbuch eine neue üble Variante hinzufügte.

Ausgehend vom Bewußtseinsniveau der Massen eines jeden Ortes muß man alle Formen der Organisation und des Kampfes vorantreiben und entwickeln, wobei man der Organisierung und Vorantreibung von immer kämpferischeren Massenaktionen speziellen Nachdruck verleihen soll. Keine Kampfform darf vom Klassenkampf gegen die Diktatur ausgeschlossen werden. Nichtsdestoweniger wird das Volk sie nur dann niederwerfen und die letzten Wurzeln des Faschismus und des heutigen Unterdrückungs- und Abhängigkeitssystems vernichten können, wenn es als Hauptform den bewaffneten Kampf entwickelt, siegreich durch das Proletariat und seine marxistisch-leninistische Vorhutpartei geführt."

In Bezug auf die internationale Lage erklärte die 2. Nationale Konferenz, daß es notwendig ist, „die Einheit der internationalen marxistisch-leninistischen Parteien zu fördern. (. . .) Die RKP Chiles bedankt sich öffentlich für die Solidarität und Unterstützung, die die Marxisten-Leninisten und fortschrittlichen Kreise der Völker der Welt dem antifaschistischen und antiimperialistischen Kampf unseres Volkes entgegengebracht haben."

Die RKP Chiles betont die Notwendigkeit des entschiedenen Kampfes gegen beide imperialistische Supermächte, die die Hauptfeinde der Völker der Welt, der Revolution und des Sozialismus sind. Sie erklärt, daß es notwendig ist, die Widersprüche zwischen beiden zugunsten des revolutionären Kampfes auszunutzen, daß man sich aber niemals auf die eine Supermacht stützen kann, um die andere zu bekämpfen.

Freiheit für die politischen Gefangenen in Uruguay

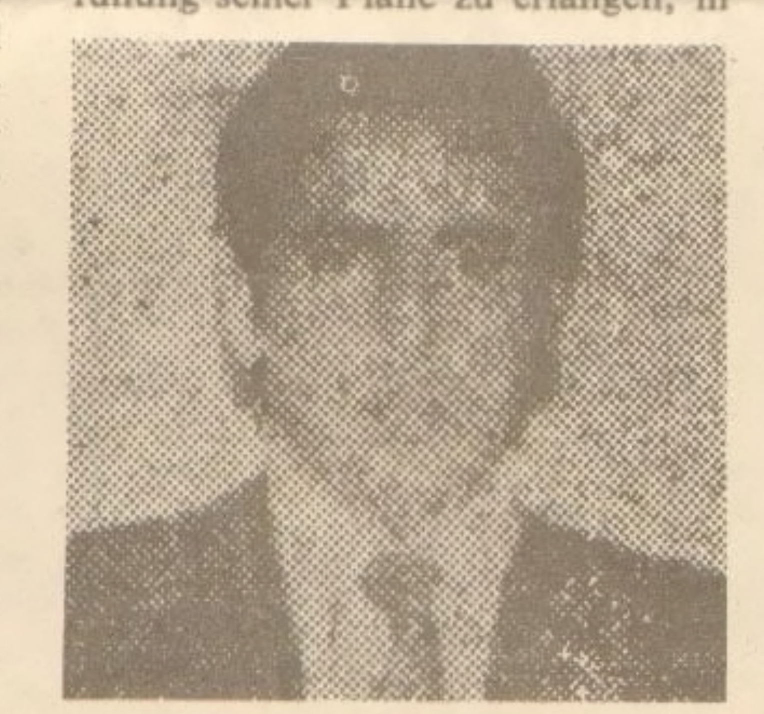
Vor vier Jahren wurde in Uruguay eine faschistische Diktatur errichtet, die seitdem die breiten werktätigen Massen des uruguayischen Volkes grausam unterdrückt. Zum Jahrestag der Errichtung der faschistischen Diktatur hat die Revolutionäre Kommunistische Partei Uruguays einen Aufruf zur Unterstützung des Kampfes für die Freilassung der politischen Gefangenen veröffentlicht, den wir im folgenden auszugsweise abdrucken.

„In diesen vier Jahren", heißt es in dem Aufruf unter anderem, „ist der Lebensstandard des Volkes von Uruguay in großem Maßstab gesenkt worden. Das Land ist dem ausländischen Finanzkapital, an erster Stelle dem nordamerikanischen, ausgeliefert worden. Große Landstriche sind an die brasilianischen Großgrundbesitzer verkauft worden, um die expansionistische Politik der Bourgeoisie dieses Landes zu befriedigen.

Um die Politik der totalen Auslieferung des Landes aufrechtzuerhalten, wurde die Unterdrückung in einem Maß verstärkt, wie es das Volk von Uruguay bisher noch nicht erlebt hat. Es gibt 7.000 politische Gefangene — bezogen auf die Bevölkerungszahl von 2,5 Millionen die höchste Rate der Welt. Hunderte von Menschen wurden von den Unterdrückungskräften ermordet. Über 50 starben an der Folter. 25% der Bevölkerung mußten in den vergangenen Jahren wegen der politischen Unterdrückung und der wirtschaftlichen Lage emigrieren.

Diese blutige Diktatur ist Teil der Kette der Unterdrückerregime, die der amerikanische Imperialismus auf unserem Kontinent errichtet hat.

Zur gleichen Zeit arbeitet der russische Imperialismus, der in dieser Zone gegen den Einfluß der Yankees kämpft, durch seine Agenten mit der Diktatur zusammen. Er tut das, um günstigere Bedingungen für die Erfüllung seiner Pläne zu erlangen, in



Genosse Mario Echenique

das Land einzudringen, um im Südatlantik die Hegemonie zu erringen. Der Faschismus und der revisionistische Sozialfaschismus sind beide an der aktiven Unterdrückung der Massen und insbesondere der Marxisten-Leninisten beteiligt.

Unsere Partei wird von diesen Feinden grausam unterdrückt. Hunderte von Kommunisten sind in uruguayischen Gefängnissen eingekerkert. Viele von ihnen wurden ermordet oder zu Tode gefoltert. Auch außerhalb unserer Grenzen werden unsere Genossen verfolgt. So wurden der Politische Sekretär unserer Partei, Mario Echenique und sein Bruder Eden eingekerkert, als sie in Buenos Aires, Argentinien, ihre Verpflichtungen erfüllten.

Unter diesen harten Bedingungen und in absoluter Illegalität entwickelt unsere Partei ihre Organisationsarbeit unter dem Volk, um die Diktatur zu besiegen und eine revolutionäre und patriotische Provisorische Regierung zu errichten, die die ersten Schritte zur wirklichen nationalen Freiheit gehen kann."

Unsere Bruderpartei in Uruguay ruft dazu auf, ihren Kampf vor allem für die Freilassung der politischen Gefangenen, besonders der gefangenen und eingekerkerten Genossen der RKP Uruguays zu unterstützen. Sie bittet uns darum, Protestbriefe an die Botschaft Uruguays in der Bundesrepublik zu schreiben und die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen zu fordern.

Schreibt an die Botschaft von Uruguay:

Heerstr. 16
53 Bonn-Bad Godesberg

Freiheit für die politischen Gefangenen in Uruguay!

Freiheit für Mario Echenique!

Aus aller Welt

PANAMA

Die Protestbewegung des panamesischen Volkes gegen die Besetzung der Kanalzone durch die amerikanischen Imperialisten weitet sich immer mehr aus. So organisierten vor kurzem die Studenten eine Protestdemonstration gegen den amerikanischen Imperialismus, an der sich Tausende beteiligten. Die Demonstranten rissen eine amerikanische Flagge herunter und hißten dafür die panamesische. Außerdem organisierten die Studenten eine Anzahl von Protestkundgebungen. Das panamesische Volk kämpft seit Jahren für die Wiederherstellung seiner nationalen Rechte in der Kanalzone. Die Volksbewegung hat die Regierung zu Verhandlungen mit den amerikanischen Imperialisten gezwungen. Dabei machten die amerikanischen Imperialisten den unverschämten Vorschlag, Panama die Kanalzone ungefähr um das Jahr 2000 herum zurückzugeben. Dieser Vorschlag wurde aber von dem panamesischen Volk und der Regierung von Panama zurückgewiesen. Daraufhin drohten die amerikanischen Imperialisten mit der Entsendung von weiteren 10.000 Soldaten der berüchtigten „marines", um den Kampf des Volkes niederzuhalten. So versuchen die amerikanischen Imperialisten mit allen Mitteln ihre Vorherrschaft über die Kanalzone aufrechtzuerhalten und sich die Profite zu sichern, die sie aus der Erhebung der Kanalgebühren bekommen.

KOLUMBIEN

Ende Mai haben in Bucaramanga, Kolumbien, 3.000 Arbeiter des öffentlichen Dienstes und der staatseigenen Betriebe gestreikt. Das faschistische Regime erklärte den Streik für illegal und entsandte sofort eine große Anzahl von Soldaten, um die Arbeiter anzugreifen und die Stadt zu belagern. Daraufhin solidarisierten sich über 30.000 Arbeiter aus allen Teilen des Landes mit ihren streikenden Kollegen in Bucaramanga und forderten von der Regierung die sofortige Beendigung der faschistischen Unterdrückung der Streikenden.

PORTUGAL

Mehr als 1.200 Arbeiter des öffentlichen Dienstes stehen in Lissabon im Streik. Um den Streik zu brechen, setzte die Regierung die Arbeiter unter Druck, und, als diese sich nicht einschüchtern ließen, sondern erklärten, den Kampf fortzusetzen, wurden sie sogar zwangsverpflichtet. So zeigt sich erneut das volksfeindliche Gesicht der Regierung Soares, die eine Politik der Ausplünderung der werktätigen Massen im Dienst der in- und ausländischen kapitalistischen Monopole betreibt.

USA

In einer Grundsatzrede hat der amerikanische Außenminister Vance vor kurzem erneut die aggressiven Ziele und Absichten des amerikanischen Imperialismus in Asien unterstrichen. Vance erklärte unverhohlen: „Die USA sind und werden eine asiatische Macht bleiben." Mit anderen Worten, die amerikanischen Imperialisten bleiben weiterhin die Hauptstütze der reaktionären faschistischen Regime des ASEAN-Paktes, um den von den kommunistischen Parteien dieser Länder geführten revolutionären bewaffneten Befreiungskampf niederzuschlagen und die Völker unter ihrem Joch zu halten. Vance sprach im Namen der raubgierigen amerikanischen Trusts und Konzerne, als er erklärte, daß die USA in Zukunft ihre Investitionen in Asien verstärken würden. Das heißt nichts anderes, als daß die Wallstreet-Magnaten planen, die Ausplünderung der Reichtümer Asiens und der billigen Arbeitskräfte zu forcieren, um sich Höchstprofite zu sichern. Vance bezeichnete die japanischen Imperialisten als die treuesten Verbündeten der USA in Asien und nannte den sogenannten „US-japanischen Sicherheitsvertrag" den Eckpfeiler der Asienpolitik des amerikanischen Imperialismus. Gleichzeitig sicherte er dem faschistischen Regime in Südkorea weiter Militärhilfe zu, darunter sogar Atomwaffen. Die anmaßenden und drohenden Erklärungen von Vance werden sicher den Haß der Völker Asiens auf den amerikanischen Imperialismus steigern. Die Völker Asiens kennen das häßliche Gesicht des amerikanischen Imperialismus und sie werden die zahllosen Verbrechen, die er begangen hat und noch begeht, nicht vergessen. Sie führen schon seit langem einen entschlossenen Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Verbündeten und Lakaien. In Japan nimmt die Bewegung gegen den Sicherheitsvertrag einen neuen Aufschwung, in Südkorea verstärkt sich der Kampf der werktätigen Massen gegen die amerikanischen Besatzer und das faschistische Regime. In Thailand, Burma, Malaya und Osttimor entwickelt sich der Volkskrieg. Die Völker Asiens kämpfen gegen den amerikanischen Imperialismus und versetzten im Schläge, weil sie wissen, daß sie ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung nicht erlangen können, ohne diesen Feind der Völker aus ihren Ländern ein für allemal hinauszujagen.

AFRIKA

Die laufende Tagung des Ministerrates der Organisation für Afrikanische Einheit hat die westdeutschen Imperialisten erneut wegen ihrer Unterstützung und Zusammenarbeit mit den faschistischen und rassistischen Regimen im Süden Afrikas verurteilt. Die afrikanischen Minister schenkten den lügenhaften Dementis der Bonner Regierung keinen Glauben. Inzwischen hat selbst die bürgerliche Presse bestätigt, daß die Ausfuhrbürgschaften der bundeseigenen Hermes-Kreditanstalt für Investitionen westdeutscher Firmen in Südafrika sich im vergangenen Jahr verdreifacht haben.

SVR ALBANIEN

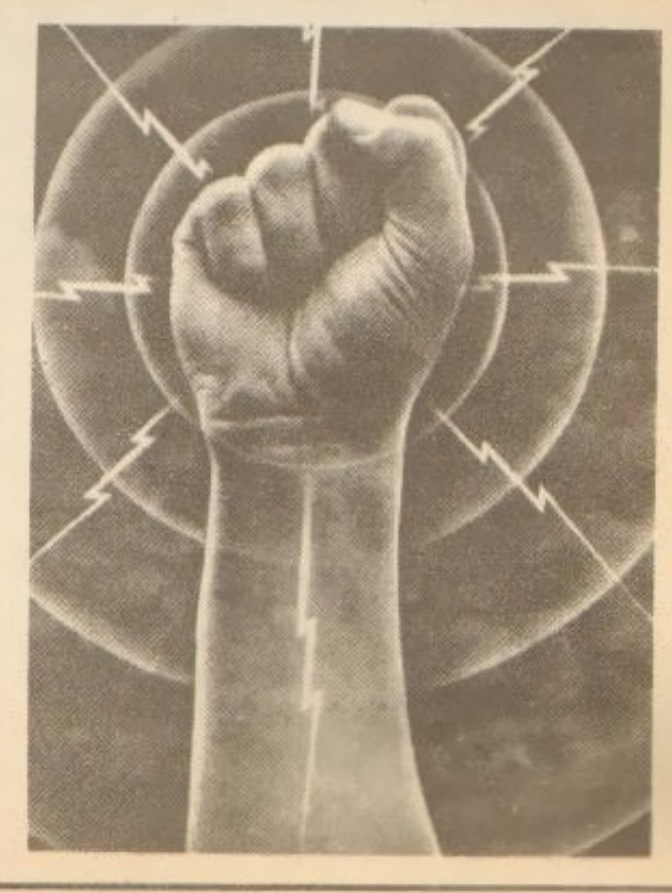
Am 28. und 29. Juni 1977 trat unter Leitung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der PAA, Genossen Enver Hoxha, das 2. Plenum des Zentralkomitees der PAA zusammen, das den Bericht des Politbüros des Zentralkomitees der PAA über die zu erwartende Erfüllung des Plans des ersten Halbjahres und über die Maßnahmen, damit der Jahresplan erfüllt wird, diskutierte. Nachdem das Plenum eingehend den Bericht diskutiert hatte, billigte es ihn einstimmig. Abschließend hielt der Erste Sekretär des Zentralkomitees der PAA, Genosse Enver Hoxha, eine wichtige Rede.

SVR ALBANIEN / TOGO

Die Regierung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien und die Regierung der Republik Togo kamen, geleitet von dem Wunsch, die Beziehungen der Freundschaft und der Zusammenarbeit weiterzuentwickeln, überein, zwischen beiden Ländern diplomatische Beziehungen im Rang von Botschaftern herzustellen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Weg mit den Neutronenbomben

Die beiden Supermächte wollen mit ihren sogenannten Abrüstungsverhandlungen die Völker einseifen. Das enthüllten schlaglichtartig die Meldungen über die Entwicklung einer neuen Superwaffe durch die amerikanischen Imperialisten: der Neutronenbombe.

Die Neutronenbombe ist eine heimtückische Waffe. Die herkömmlichen Atombomben töten zwar auch durch Strahlung, entwickeln aber gleichzeitig eine große Sprengkraft und Hitze, die in weitem Umkreis alles zerstört. Die Neutronenbombe dagegen wirkt einzig und allein durch Strahlung. Sie tötet, aber Häuser und Fahrzeuge bleiben unzerstört. Die Entwicklung dieser Waffe ist inzwischen so weit gediehen, daß sie auch in kleinen Größen als Granate oder Artilleriemunition produziert werden kann.

Mit dieser Bombe, so wollen es die amerikanischen Imperialisten, sollen auch die US-Besatzertruppen in der Bundesrepublik ausgerüstet werden. Nicht genug damit, daß die Völkermörder in Washington schon jetzt die atomare Vernichtung der Bundesrepublik in ihren Kriegsplänen vorsehen, drohen sie jetzt auch noch mit dem schleichenden Atomtod. Unser Volk braucht weder die Yankee-Besatzer, noch ihre Atomwaffen und Neutronenbomben. Darum: **Amis raus aus Westdeutschland!**

Demonstration in Dortmund



Rund 600 Menschen beteiligten sich in Dortmund an einer Demonstration gegen die Verhaftung und drohende Abschiebung von sechs türkischen Patrioten. Die Demonstration, an der sich vor allem türkische Kollegen und Revolutionäre beteiligten, wurde auch von unserer Partei unterstützt. Die sechs türkischen Patrioten sind inzwischen freigelassen worden, die Gefahr einer Abschiebung bleibt aber weiter bestehen.

Schweres Unglück bei Blohm und Voss!

Hamburg. Ein Jahr nach dem schweren Explosionsunglück auf der „Anders Maersk", bei dem 20 Arbeiter ums Leben gekommen waren, ist jetzt wieder von Blohm&Voss ein schweres Unglück gemeldet. Dabei wurden, nach noch unvollständigen ersten Meldungen, mindestens sechs Kollegen schwer verletzt. Was war geschehen?

Das Unglück ereignete sich auf dem Kranschiff „Aserbeidschan", das bei Blohm&Voss für die Sowjetunion gebaut wird. Um die „Aserbeidschan" besser in die Sowjetunion an ihren Bestimmungsort schaffen zu können, wurde das schon fast fertige Schiff in drei Teile zerschnitten und zunächst wieder provisorisch miteinander verbunden. Plötzlich kippten zwei der drei Teile um, verhakten sich aber zum Glück noch ineinander, bevor sie alles unter sich begraben hätten.

Als sich das Unglück ereignete, arbeiteten rund hundert Kollegen auf dem Schiff. Die Blohm&Voss-Kapitalisten hatten es nicht für notwendig gehalten, das Schiff zu räumen, bis ausreichende Sicherheitsvorkehrungen, die ein Auseinanderbrechen der „Aserbeidschan" verhindert hätten, getroffen waren. Um das Schiff termingerecht abliefern zu können, holten sie das letzte aus den Kollegen heraus, ohne Rücksicht auf Verluste. Denn Zeit bedeutet für die Kapitalisten Geld und womöglich noch einen Anschlußauftrag. Steigende Profite der Werftkapitalisten und verletzte, verstümmelte und getötete Arbeiter sind die beiden Seiten dieser Medaille.

Als das Unglück auf der Werft bekannt wurde, verließen die Arbeiter sofort die Docks und Helligen und versammelten sich auf dem Kai an der Unglücksstelle. Angesichts der pausenlos eintreffenden Krankenwagen, der Rettungshubschrauber und Taucher, die die Unglücksstelle absuchten, wuchs ihre Empörung auf die Blohm&Voss-Kapitalisten. Die Arbeiter von Blohm&Voss werden sich sicherlich die mörderische Arbeitshetze und die brutale Ausbeutung durch die Kapitalisten auf die Dauer nicht gefallen lassen. Sie werden den Kampf dagegen aufnehmen.

Kein Block C in Biblis!

Korrespondenz. Wie schon im „Roten Morgen" angekündigt, begann unter Ausschluß der Öffentlichkeit am 28. 6. 1977 in Biblis der Erörterungstermin für den Aufbau des größten Atomkraftwerks der Welt — Biblis Block C. Zwei Tage vorher hatten 2.500 Menschen aus diesem Anlaß gegen das Atomkraftwerk in Biblis demonstriert.

Nach dem sogenannten Atomgesetz dürfen beim Erörterungstermin nur Betroffene ihre Einwände gegen eine Atomanlage vorbringen. Die staatlichen Genehmigungsbehörden sind jedoch durch absolut nichts verpflichtet, solche Einwände bei ihrer Genehmigung zu berücksichtigen. Über Block C entscheidet also allein der Staat, der unmittelbar mit den Interessen der Stromkonzerne und der Atomindustrie verfilzt ist. Es gibt weder eine Mitentscheidung noch Kontrolle durch die betroffene Bevölkerung.

Schon am ersten Tag platzte die Bombe: Block C, über dessen Baugenehmigung hier noch erörtert werden soll, ist längst bestellt. Schwarz auf weiß konnte diese Tatsache entlarvt werden und die Atomkraftwerk-Kapitalisten haben es sogar selbst verraten. In ihrem internen Organ, der „Mitteilung", steht kleingedruckt in der Spalte „Planung und Inbetriebnahme 1979": „RWE Biblis, 2x1.300 Megawatt, Block 1 bestellt." Mit Block 1 ist Block C gemeint. Die RWE hat das mittlerweile zugegeben und obendrein erklärt, daß sie schon ca. 100 Mio. DM angezahlt hat.

Am dritten Tag wurde bekannt, daß schon beim Bau von Block A und B vorsorglich die Grundwasserentnahme für Block C mitgenehmigt wurde. Und daß, obwohl durch die ständige Grundwasserentnahme im Ried schwere Schäden in der Landwirtschaft gang und gäbe sind. Obwohl die Bauern Millionen investieren müssen, um tiefere Ersatzbrunnen und Versorgungssysteme zu finanzieren, obwohl dutzendweise Gebäudeschäden auftreten, darf die RWE 800.000 cbm Wasser pro Jahr abzweigen.

Wozu aber dieser Termin?

Die Partei schrieb in einem Flugblatt dazu: „Nach den Absichten des Staates wird dieses Verfahren aufgezogen, um ‚der Bevölkerung Vertrauen in die Ausgewogenheit und Verantwortlichkeit behördlichen Handelns und ein Bewußtsein der Sicherheit' zu vermitteln. So das Bundesinnenministerium.

Auf deutsch: Der Bevölkerung soll durch eine juristische Farce, durch eine Schau mit Gutachtern und Wissenschaftlern, die in Wirklichkeit bezahlte Propaganda für das große Atomgeschäft betreiben, Sand in die Augen gestreut werden. Durch die Vortäuschung eines sachlichen Verfahrens, dessen Ergebnis schon vorher feststeht, soll ein absolut volksfeindliches Spekulantengeschäft als seriös verkauft werden, das Leben und die Gesundheit von Generationen bedroht, das Milliarden Steuergelder und Stromgroschen in den Rachen einiger Konzerne wirft."

Genau das hat sich bestätigt. So sollten die Bürgerinitiativen, getrennt von den Einzeleinsprechern, ihre Argumente erst am 4. 7. 1977 vorbringen dürfen. Als am Dienstagmorgen ca. 300 Menschen auf Einlaß in die Riedhalle warteten, wurden sie von der Wach- und Schließgesellschaft, die mit Sperrgittern die Halle abgeriegelt hatte, abgewiesen. Mindestens eine Hundertschaft Polizei war in einer angrenzenden Schule untergebracht. Wenn man als Einzeleinsprecher reingehen wollte, wurde man wie ein Schwerverbrecher kontrolliert und in eine Kartei aufgenommen. Innerhalb und außerhalb der Halle wurde daraufhin in Sprechchören die Herstellung der Öffentlichkeit verlangt. Gleich der erste Redner der Bürgerinitiativen wurde wegen dieser Forderung von der Wach- und Schließgesellschaft aus dem Saal geworfen.



Beim Erörterungstermin wird die Öffentlichkeit ausgesperrt, „Einzelsprecher" werden wie Schwerverbrecher kontrolliert.

Durch das konsequente Auftreten konnte ein Teilerfolg errungen werden. Nachmittags wurden die vor der Halle Wartenden auch zugelassen.

Eine Erörterung von Themen fand allerdings gar nicht statt. Konkrete Fragen werden mit dem Hinweis, der Gutachter stände erst morgen zur Verfügung, vom Tisch gewischt. Hier ein paar Kostproben, was man dabei so zu hören bekommt:

Ein Gutachter des TÜV gab ganz offen zu, daß der TÜV „sowieso eine Einrichtung der Industrie" sei. Im Vorstand des TÜV sitzen die führenden Manager der Firmen, die er eigentlich kontrollieren soll.

In einem Flugblatt der Bürgerinitiativen wurde gezeigt, von welchem wissenschaftlichen Wert die Gutachten sind. In meteorologischen Gutachten zeigt sich das besonders krass. Dort verstieg man sich zu der Behauptung, daß die Nebelschwaden aus den 160 Meter hohen Kühltürmen auf eine Höhe von 800 Meter steigen. Ein Bauer stellte die Wirklichkeit klar. Seit dem Kühlturmbetrieb sind Frostschäden an Stellen aufgetreten, wo sie seit Jahrzehnten nachweislich nicht vorgekommen sind.

Über das Atomkraftwerk Biblis führte und führt eine Flugschneise. Seit Anfang des Jahres ist das Überfliegen eigentlich verboten. Ein Absturz würde zu einer Katastrophe führen. Die Atomkraftwerke A und B sind dagegen nicht gesichert. Ein extra angereister Oberst der Bundesluftwaffe wollte beschwichtigen, daß es nur hie und da zu Übertritten komme. Immerhin würden acht Nationen das Gebiet überfliegen — „die kann man weiter nicht identifizieren. Die Täterermittlung ist so schwierig; neuerdings will man sie mit Jagdflugzeugen verfolgen, aber nicht, um sie abzuschießen." **Während dieser leutseligen Ausführungen donnerte eine Maschine nach der anderen deutlich hörbar über die Riedhalle in Biblis.**

Mittlerweile sind bei fast allen die Illusionen über den Zweck dieser Schau verflogen. Als am Donnerstag die Verhandlungsleitung ihre aufgrund des Kampfs der Bürgerinitiativen schon gegebene Zusage, auch am Samstag zu erörtern, zurückzog und dies auch nach einem zweistündigen Ultimatum, das die Bürgerinitiativen gestellt hatten, aufrechterhielt, zogen die Bürgerinitiativen geschlossen ab und ließen die Herren unter sich. Am Samstag machen sie ihren eigenen Erörterungstermin ohne die Behörden. In einem Flugblatt der Bürgerinitiativen vom 30. 6. heißt: „Ganz deutlich aber ist heute schon geworden, nicht die Erörterung wird den Block C verhindern, und die notwendige Stillegung von A und B erreichen. Dazu ist es notwendig, daß alle, die hier leben, ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, wie es die Leute von Wyhl, Brokdorf und Grohnde getan haben."

Die Partei hat diese Ansicht von Anfang an unterstützt und gesagt, daß der Kampf gegen Block C nach dem Erörterungstermin verstärkt werden muß. Nicht auf die Gerichte und Behörden dürfen wir hoffen, sondern auf den aktiven revolutionären Willen Tausender, die sagen: **„Kein Block C in Biblis! Stillegung von Block A und B! Kein Kernkraftwerk im Rhein-Main-Necker-Raum! Weg mit dem Atomenergieprogramm der Bundesregierung!"**

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do 9-13 und 15-18, Di und Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen"; Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.